

Angela Oels und Florian Steig

Internationale Klimapolitik

Inhaltsübersicht

- 1 Geschichte, Entwicklung und Eckpfeiler des globalen Klimaregimes
- 2 Mainstream-Erklärungsansätze
- 3 Kritische Theorien
- 4 Klima-Anpassung, Klima-Konflikte und Klima-Gerechtigkeit
- 5 Fazit und Ausblick

Die internationale Klimapolitik ist mit einem Problem befasst, das sich als ebenso drängend wie politisch vertrackt erweist. Seit 1995 halten die Vertragsstaaten der UN-Klimarahmenkonvention jährliche Konferenzen zur Begrenzung des menschengemachten Klimawandels ab; freilich, ohne bisher einen Rückgang der globalen Treibhausgasemissionen erwirkt zu haben. Im März 2022 wurde vom International Energy Agency (IEA) für das abgeschlossene Jahr 2021 erneut ein historischer Höchststand bei den globalen Kohlendioxidemissionen vermeldet. Mittlerweile umfasst das globale Klimaregime ein breites und ausdifferenziertes Set an Akteur/-innen, Regeln, Normen und Institutionen. Dennoch bleibt eine wirksame Klimapolitik auf globaler Ebene eine der größten Menschheitsherausforderungen für die nächsten Jahre.

Die Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens im Jahr 2015 war von großer Euphorie geprägt. Erstmals einigten sich fast alle Staaten der Erde auf ein gemeinsames Abkommen zur Beschränkung des globalen Temperaturanstiegs auf zwei Grad, möglichst 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Niveau, sowie auf eigene Beiträge dazu. Dabei wurde jedoch darauf verzichtet, den Vertragsparteien verbindliche Ziele zur Reduktion von Treibhausgasemissionen vorzuschreiben. Dass dieses Abkommen trotz größter Unsicherheit über seine Wirksamkeit derart gefeiert wurde, demonstriert, wie verfahren die politische Lage ist.

Insbesondere die Internationalen Beziehungen haben sich umfangreich mit Kooperationsdilemmata und den Misserfolgen internationaler Klimaverhandlungen auseinandergesetzt und Lösungsvorschläge formuliert. Besonders prominent in der Debatte vertreten sind der neoliberale Institutionalismus und der Global-Governance-Ansatz. Diese Perspektiven zeigen, dass dem Ruf nach drastischen Emissionsreduktionen und tiefgreifenden Transformationsprozessen oft schwache politische Institutionen gegenüberstehen, die Kooperationsproblemen wie dem Trittbrettfahren nicht effektiv genug entgegenwirken. Komplementiert werden diese Ansätze etwa durch das Konzept des *polyzentrischen* Regierens, das die Akteursvielfalt und den Bottom-up-Charakter gegenwärtiger Klimapolitik betont. Wo Staaten versagen, so die Argumentation, springen heute oft substaatliche Akteur/-innen wie Städtenetzwerke als klimapolitische Treiber/-innen ein.

Seit der Entstehung des internationalen Klimaregimes werden die Annahmen klassischer Mainstream-Theorien hinterfragt (z.B. Paterson 1996) und die Bedeutung von Sprache und konkreten Praktiken in der Klimapolitik herausgestellt. Betonen klassische Ansätze vor allem die Rolle von Akteur/-innen, weiten etwa poststrukturalistische Ansätze die Analyseperspektive, indem Fragen nach der diskursiven Problematisierung des Klimawandels und der daraus resultierenden Art und Weise des Regierens in den Vordergrund treten. So zeigen diese Ansätze, wie die Einführung von Märkten als Regierungstechnologie dafür sorgt, dass Emissionen dort gespart werden, wo es am billigsten ist und nicht mehr dort, wo es aus moralischer Sicht „gerecht“ wäre. Ergänzt werden diese Beiträge etwa durch die Perspektive der kritischen Internationalen Politischen Ökonomie, deren Beiträge den fehlenden Klimaschutz mit den derzeitigen Regimen der Kapitalakkumulation erklären.

Während sich viele Beiträge mit der Begrenzung der Treibhausgasemissionen („Mitigation“) beschäftigen, ist der Klimawandel mit einem aktuellen Temperaturanstieg von 1,1 Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit längst kein abstraktes Zukunftsszenario mehr. Tatsächlich leiden bereits heute Millionen von Menschen unter den Folgen von Dürren, Überflutungen, Stürmen und Ernteausfällen. Daher besteht die zweite Säule der internationalen Klimapolitik in der Anpassung an Klimafolgeschäden („Adaptation“). Dieses neue Politikfeld der Anpassung zeichnet sich jedoch vor allem durch viel Dialog und Programmatik und bislang wenig Umsetzung aus („adaptation gap“). Neuere Forschungsansätze nehmen hier Blockaden („barriers“) und Pfadabhängigkeiten („lock-ins“) in der Anpassungspolitik in den Blick, um diesen Stillstand zu erklären. Angesichts dieser Verzögerungen in der Anpassungspolitik hat sich zudem als dritte Säule in der internationalen Politik die Debatte um Verluste und Schäden etabliert („Loss and Damage“).

Neue Klimabewegungen wie Fridays for Future und Extinction Rebellion prangern an, dass die Politik nicht entschlossen genug den Klimawandel bekämpft. Dass die Folgen, aber auch die Ursachen des menschengemachten Klimawandels im Weltmaßstab höchst asymmetrisch und ungerecht verteilt sind, ist Gegenstand der neueren Debatte über *Climate Justice*. Auch das Primat des Wirtschaftswachstums gerät angesichts der bescheidenen Erfolge von *Green Growth* weiter unter Druck.

In diesem Beitrag zeichnen wir zunächst die Geschichte und Entwicklung des globalen Klimaregimes nach. Anschließend werden die Befunde der Mainstream-Theorien über die internationale Klimapolitik dargelegt. Ergänzt und hinterfragt werden diese Theorien im folgenden Abschnitt durch verschiedene kritische Perspektiven. Vor dem Hintergrund bereits jetzt spürbarer Auswirkungen des Klimawandels werden im nachfolgenden Kapitel verschiedene Konzepte der Klimagerechtigkeitsdiskussion dargestellt und die ungleichen gesellschaftlichen Folgen von Klimaveränderungen andeutungsweise skizziert. Ziel des Beitrags ist, einen Überblick nicht nur über den Stand der internationalen Klima-Verhandlungen zu geben, sondern auch konkurrierende wissenschaftliche Perspektiven auf den Problemkomplex adäquat abzubilden.

1 Geschichte, Entwicklung und Eckpfeiler des globalen Klimaregimes

Die erste Problematisierung eines möglichen anthropogenen Klimawandels erfolgte bereits vor etwa 125 Jahren. Der schwedische Physiker Svante Arrhenius vermutete im Jahr 1896, dass sich die globale Temperatur mit Verdopplung der Treibhausgasemissionen durch die Verbrennung fossiler Rohstoffe um etwa fünf Grad Celsius erhöhen könnte (vgl. Manabe/Broccholi 2020: 17–21). Es dauerte jedoch viele Jahrzehnte, bis der Klimawandel als reales Problem mit seinen Implikationen für Mensch und Natur zunächst wissenschaftlich und später auch politisch diskutiert wurde. Seit der ersten „Weltklimakonferenz“ im Jahr 1979 in Genf ist es wissenschaftlicher Konsens, dass der Klimawandel eine ernsthafte Bedrohung für die Menschheit darstellt (vgl. Gupta 2014: 41).

Ab 1985 begann eine Phase des Agenda-Settings, in der der Klimawandel Einzug in politische Diskussionen erhielt. Die generelle Aufmerksamkeit für Umweltschäden in den 1980er-Jahren und die Entdeckung des Ozonlochs verliehen dem menschengemachten Klimawandel eine breite Aufmerksamkeit (vgl. Bodansky 2001: 27). Am 6. Dezember 1988 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Resolution 43/53, in der der Klimawandel als „common concern of mankind“ anerkannt wurde. Mit dem Weltklimarat IPCC (*Intergovernmental Panel on Climate Change*) wurde zudem ein wissenschaftliches Gremium eingesetzt, dessen erster Bericht als Grundlage für die Verabschiedung der Klimarahmenkonvention UNFCCC (*United Nations Framework Convention on Climate Change*) im Jahr 1992 diente.

Die Klimarahmenkonvention sieht in Artikel 2 eine Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre und die Verhinderung einer „gefährlichen anthropogenen Störung des Klimasystems“ vor. Weiterhin wurden zentrale Grundsätze der Klima-Governance festgelegt, darunter die Förderung *nachhaltiger Entwicklung* sowie die Norm, besonders vulnerablen Staaten Unterstützung zukommen zu lassen. Ein bis heute zentraler Grundsatz der Konvention ist das Prinzip der *gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten*, nach der für die damaligen Industriestaaten (sog. *Annex-1-Staaten*) grundsätzlich weitreichendere Pflichten als für die sog. Entwicklungsländer (*Nicht-Annex-1-Staaten*) gelten.

Die Klimarahmenkonvention trat 1994 final in Kraft, ein Jahr später konnte die erste Konferenz der Vertragsparteien (Conference of the Parties, COP-1) in Berlin stattfinden. 1997 wurde mit dem Kyoto-Protokoll ein zentrales Abkommen des internationalen Klimaregimes verabschiedet. Darin verpflichteten sich die in Anlage B genannten 37 Industriestaaten darauf, ihre Treibhausgasemissionen zwischen 2008 und 2012 insgesamt um mindestens 5,2 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 zu reduzieren. Den Industriestaaten kamen dabei differenzierte Emissionsziele zu, deren Höhe sich an ihrer wirtschaftlichen Entwicklung orientierte. Den sog. Entwicklungsländern wurde hingegen ein weiterer Anstieg der Treibhausgasemissionen zugestanden, um deren wirtschaftliche Entwicklung nicht zu beschränken.

Ein zentraler Baustein des Abkommens bestand in den flexiblen Mechanismen, mit denen Industrieländer (in Anlage B) einen Teil ihrer Emissionseinsparungen möglichst kosteneffizient im Ausland realisieren durften. Das Prinzip der *Joint Implementation* sah die Finanzierung von Klimaschutzprojekten in Anlage-B-Staaten durch andere Anlage-B-Staaten vor, während der *Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung* (*Clean Development Mechanism*) die Durchführung von Projekten in Entwicklungsländern fördern sollte. Weiterhin wurde ein *Emissionshandel* zwischen Staaten implementiert, über den Anlage-B-Staaten, die weniger Emissionen als vorgesehen verbraucht haben, diese Emissionszertifikate an andere Anlage-B-Staaten verkaufen konnten. Das Kyoto-Protokoll folgte einem *hard-law*-Ansatz, insofern es verbindliche Reduktionsziele für einzelne Staaten festschrieb und mögliche Sanktionen bei Verstoß bereithielt. Das Inkrafttreten des Abkommens war an die Ratifizierung von mindestens 55 Staaten gekoppelt, die zusammen für mindestens 55 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich sein mussten. Da US-Präsident Bill Clinton das Kyoto-Protokoll zwar unterzeichnete, aber dem Senat nicht zur Ratifizierung vorlegte, wurden die USA nie Mitglied des Kyoto-Protokolls. Daher konnte die zweite Bedingung für das Inkrafttreten erst im November 2004 durch die Ratifizierung Russlands erreicht werden.

Die erste Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls dauerte von 2008 bis 2012. In diesem Zeitraum konnten alle Industriestaaten ihre Emissionsziele erreichen. Die Zielerreichung wurde u. a. durch das geringere Wirtschaftswachstum infolge der Finanzkrise ab 2007 und durch den Zusammenbruch osteuropäischer Volkswirtschaften befördert und ist weniger der realen Klimaschutzpolitik der Staaten zuzuschreiben. Einen besonderen Tiefpunkt für die internationale Klimapolitik stellte die Kopenhagener Vertragsstaatenkonferenz im Jahr 2009 dar. 115 Staats- und Regierungschef/-innen aus aller Welt waren angereist, um Vereinbarungen für den Klimaschutz nach 2012 auszuhandeln. Es fehlte jedoch an politischem Willen, tatsächlich Zugeständnisse zu machen. Darüber hinaus agierte die dänische Verhandlungsführung intransparent und verhandelte am Ende nur noch mit einigen wenigen Ländern wie den USA und China. So kam es, dass sich die Mehrzahl der Staaten weigerte, das ohne ihre Beteiligung ausgearbeitete Abschlussdokument völkerrechtlich bindend zu verabschieden. Darin war erstmals die Begrenzung der Erderwärmung auf unter zwei Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit festgeschrieben (siehe auch Bodansky 2010). Auf der Folgekonferenz in Cancun 2010 wurden dann die Beschlüsse von Kopenhagen doch noch größtenteils angenommen. Auch in den nachfolgenden Jahren erwiesen sich die Verhandlungen als schwierig und zäh.

Im Jahr 2012 wurde im Doha Amendment zum Kyoto-Protokoll eine zweite Verpflichtungsperiode für die Jahre 2013 bis 2020 beschlossen. Im Jahr 2011 war Kanada aus dem Abkommen ausgetreten. Weiterhin waren Russland und Japan nicht bereit, sich an der zweiten Verpflichtungsperiode des Protokolls zu beteiligen, so dass die verbleibenden Staaten nur für 13 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich waren. Das Erreichen der Hürde von 144 Ratifizierungen wurde letztlich erst am Ende des Jahres 2020 erreicht, weshalb die zweite Periode effektiv nur für wenige Stunden in Kraft trat.

Ein Durchbruch kam erst mit dem Pariser Abkommen im Jahr 2015, das einen maximalen Anstieg der globalen Temperatur auf deutlich unter zwei Grad Celsius festlegt, mit der Vorgabe, Anstrengungen zu unternehmen, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Das Pariser Abkommen wurde von 197 Staaten verabschiedet und konnte bereits weniger als ein Jahr nach seiner Unterzeichnung in Kraft treten. Die USA schieden unter US-Präsident Donald Trump im November 2020 kurzzeitig aus dem Abkommen aus, ehe Trumps Amtsnachfolger Joe Biden wenige Wochen später die Rückkehr der USA in das Pariser Abkommen verkündete. Bis heute haben 191 Staaten das Vertragsdokument offiziell ratifiziert. Mit Regelungen für die Zeit ab dem Jahr 2020 löste das Pariser Abkommen das Kyoto-Protokoll ab.

Das Abkommen unterscheidet sich in seinem Charakter deutlich vom Kyoto-Protokoll. Es wurden keine verbindlichen Reduktionsziele vereinbart; stattdessen haben alle Staaten selbst bestimmte, nationale Klimaschutzbeiträge (*nationally determined contributions*, NDCs) vorgelegt. Einer der wenigen rechtlich verbindlichen Teile des Pariser Abkommens besteht darin, dass diese NDCs in einem Rhythmus von fünf Jahren erneuert und verschärft werden sollen. Dies geschieht im Rahmen einer globalen Bestandsaufnahme (*global stocktake*), bei der der Fortschritt in der kollektiven Erreichung der gesteckten Temperatur-Ziele evaluiert wird. Weiterhin verpflichteten sich die Industrieländer, ab 2020 jährlich 100 Milliarden USD aus privaten und öffentlichen Geldern zur Klimafinanzierung bereitzustellen, mit denen Investitionen in Mitigation und Anpassung an den Klimawandel im globalen Süden getätigt werden sollen. Ein zentrales Element für die Klima-Finanzierung ist der Green Climate Fund der Klimarahmenkonvention. Das Pariser Abkommen bezieht erstmals auch Länder des Globalen Südens und aufstrebende Ökonomien wie Russland und China in Anstrengungen zur Minderung von Treibhausgasemissionen mit ein (vgl. Oberthür/Groen 2020). Das Pariser Abkommen muss als Paradigmenwechsel der internationalen Klimapolitik verstanden werden: Erst das Prinzip der Selbstbestimmung bei der Zielaufstellung konnte eine beinahe universelle Zustimmung zu dem Abkommen herstellen (vgl. Brun 2016).

Die tatsächliche Effektivität des Abkommens ist dabei gänzlich offen. Die im Erscheinungsjahr dieses Bandes vorliegenden NDCs sind auch bei vollständiger Umsetzung der darin formulierten Ziele bei weitem noch nicht ausreichend, um den globalen Temperaturanstieg auch nur auf zwei Grad Celsius zu begrenzen, wie der erste Teil des neuen Sachstandsberichts des Weltklimarats (IPCC 2021) im August 2021 bekräftigt hat. Die bisher gemachten Zusagen und Verpflichtungen würden die globale Durchschnittstemperatur um 2,4 Grad Celsius ansteigen lassen (Climate Action Tracker 2021). Strikte Emissionsreduktionsziele können durch das Pariser Abkommen nicht erzwungen werden; durch die internationale Begutachtung der nationalen Beiträge, so die Idee, könnten die Ambitionen nationaler Regierungen jedoch in einer Logik des „naming and shaming“ wechselseitig erhöht werden (vgl. Falkner 2016). Flankiert wird dieser Mechanismus durch kommunikative Strategien, die darauf abzielen, ein positives und mobilisierendes politisches Narrativ für die globale Klimapolitik zu prägen (Aykut/Morena/Foyer 2021). Für etwas Hoffnung sorgen die Selbstverpflichtungserklärungen nicht-

staatlicher Akteur/-innen: Die Klimarahmenkonvention hat 2014 das Online Portal NAZ-CA (Non-State Actor Zone for Climate Action) eingerichtet, bei dem sich derzeit über 12.000 nicht-staatliche Akteur/-innen wie Unternehmen, Investor/-innen oder Städte mit eigenen Klimazielen registriert haben.

Das unzureichende Handeln der Staaten im Klimaschutz wird inzwischen von einer weltweiten Klimabewegung angeprangert. Durch die von der schwedischen Schülerin Greta Thunberg am 20. August 2018 begonnenen Schulstreiks (*Fridays for Future*) ist eine vor allem von jungen Menschen getragene, aber auch von Erwachsenen (wie *Scientists for Future* und *Parents for Future*) unterstützte weltweite Klimabewegung entstanden. Diese erreichte mit international koordinierten Aktionstagen im September 2019 einen Beteiligungshöhepunkt. Andere Akteur/-innen wie *Ende Gelände* oder *Letzte Generation* setzen Praktiken des zivilen Ungehorsams ein, um gegen den zu langsamen Fortschritt in der Klimapolitik zu protestieren. Die Klimabewegung wurde jedoch vom Mangel an Versammlungsmöglichkeiten in der Corona-Pandemie ausgebremst und die für das Jahr 2020 vorgesehene 26. Klimakonferenz in Glasgow um ein Jahr verschoben. Die 26. Vertragsstaatenkonferenz in Glasgow endete im November 2021 mit gemischten Ergebnissen. Positiv hervorzuheben ist, dass viele Länder ihre Ambitionen steigerten und Net Zero Ziele vorlegten. Der Climate Action Tracker hat die Anfang 2022 vorliegenden Selbstverpflichtungen und Klimaziele zusammengerechnet und sieht die Welt auf Kurs für eine Erwärmung zwischen 1,7–2,6 °C. Zumindest theoretisch ist also das 2 °C-Ziel noch im Rahmen des Möglichen. Dennoch ist nach wie vor nicht sichergestellt, dass die selbst gesetzten Ziele des Pariser Abkommens auch tatsächlich erreicht werden. Darüber hinaus konnten sich die Mitgliedstaaten auf ein konkreteres Regelwerk zur Umsetzung des Pariser Abkommens einigen. Sie erwähnten erstmals in der Abschlusserklärung das Ziel einer Reduktion (phase down) der Kohlenutzung. Eine Bezugnahme auf das Wort Kohleausstieg (phase out) wurde durch ein Veto Indiens verhindert. Nichtsdestotrotz verpflichteten sich 190 Staaten und Organisationen zu einer grundlegenden Abkehr von der Kohleverstromung – nicht dabei waren jedoch China, die USA, Indien und Japan, die zusammen für 75 % des Kohleverbrauchs aufkommen. Nach der Abwahl des Klimaleugners Donald Trump als Präsident der USA, nach einigen erfolgreichen Verfassungsklagen für mehr Klimaschutz in Europa und der Verabschiedung eines ambitionierten Klimapakets der EU-Kommission gab es Anfang 2022 dennoch neue Hoffnung für die Klimapolitik.

2 Mainstream-Erklärungsansätze

Die erstmalige Thematisierung internationaler Klimapolitik in der Disziplin der Internationalen Beziehungen erfolgte parallel zur politischen Problematisierung des Klimawandels auf internationaler Ebene im Jahr 1988 (Stripple/Bulkeley 2014: 3). Die politikwissenschaftliche Mainstream-Debatte interessiert sich u.a. dafür, wie Kooperation zum Klimaschutz gelingen kann bzw. warum sie in der Vergangenheit unzureichende

Ergebnisse hervorgebracht hat. Während der Schutz der Atmosphäre als Gemeingut ein kollektives Anliegen ist, scheint es aus Sicht des Neorealismus und des neoliberalen Institutionalismus für jede/-n einzelne/-n Akteur/-in rationaler, selbst keine kostenträchtigen Maßnahmen zu ergreifen, sondern lediglich von den Anstrengungen anderer Akteur/-innen zu profitieren („free-rider problem“). Internationale Klimapolitik ist also von Handlungsdilemmata geprägt, in denen das kollektive Interesse nicht mit den Einzelinteressen der beteiligten Akteur/-innen übereinstimmt. Mainstream-Ansätze der Literatur zur internationalen Klimapolitik geben unterschiedliche Antworten darauf, ob und wie eine koordinierte globale Klimapolitik dennoch erfolgreich sein kann.

2.1 Grenzen klassischer Ansätze: Neorealismus und Liberalismus

Der Neorealismus nach Kenneth Waltz (1979) geht von der Annahme einer Anarchie im internationalen Raum aus, in der Kooperation nur kurzfristig möglich ist. Staaten werden als Einheiten mit gegebenen Interessen verstanden, deren Ziel das eigene Überleben unter der Prämisse der Selbsthilfe ist. Staaten streben nach Macht, um ihre eigene Sicherheit in einem anarchischen System zu gewährleisten. Die Möglichkeitsräume für zwischenstaatliche Kooperation zur Erreichung eines gemeinsamen Interesses wie des Klimaschutzes sind mit dieser Perspektive äußerst beschränkt. Abhängigkeiten und die Gefahr des Betrugs stellen in einem auf Selbsthilfe basierenden System Kooperationshemmnisse dar, die lediglich durch eine hegemoniale Macht aufgelöst werden könnten, die Sanktionen durchsetzen kann (vgl. Schörnig 2003: 77). Der Neorealismus kann die jahrzehntelange Bremserrolle der USA erklären, da die Vereinigten Staaten im Zuge einer ambitionierten Klimapolitik hohe Kosten und somit relative Nachteile gegenüber aufstrebenden Rivalen wie China erwarten würden (vgl. Ditzel 2011). Die Kosten der Einsparung einer Tonne CO₂ wären für die USA um ein Vielfaches höher als etwa für europäische Länder gewesen. Illustrieren lässt sich dies anhand der sogenannten Byrd-Hagel-Resolution, die 1997 im Vorfeld der Weltklimakonferenz in Kyoto im Senat der USA verabschiedet wurde. In der Resolution wird erklärt, dass die USA keinem Klimaabkommen zustimmen würden, das ihnen entweder erheblichen wirtschaftlichen Schaden zufügen würde oder aber auf eine Einbeziehung der sog. Entwicklungsländer verzichtet. US-Präsident Bill Clinton reiste mit dieser Vorgabe im Gepäck 1997 nach Japan, um das Kyoto-Protokoll auszuhandeln. Die USA scheiterten aber mit ihrem Vorstoß, dass auch die Entwicklungsländer bereits Verpflichtungen übernehmen sollten. Die neorealistische Theorie kann jedoch nicht das Zustandekommen eines mittlerweile äußerst ausdifferenzierten Klimaregimes erklären.

Die theoretische Strömung des Liberalismus betrachtet Staaten nicht länger als „black box“ (Moravcsik 1993, Tilly 2011a: 161), sondern untersucht die wechselseitige Abhängigkeit von Innen- und Außenpolitik. So rücken gesellschaftlich und innerstaatlich formulierte Präferenzen in den Fokus der Betrachtung. Klimapolitik ist demnach ein „Zwei-Ebenen-Spiel“ (Putnam 1988), dessen Analyse die Abhängigkeit von internationa-

ler Ebene (Ebene I) und nationalen parlamentarischen Verfahren (Ebene II) berücksichtigen muss. Die Menge an auch national durchsetzbaren Optionen für eine vertragliche Einigung bestimmt das win-set von Verhandlungsführer/-innen. Internationale Kooperation ist demnach möglich, wenn die win-sets verschiedener Akteur/-innen nationalstaatlicher Verhandlungsführer/-innen eine Schnittmenge bilden. Andrew Moravcsik (1993) erklärt die in außenpolitischen Verhandlungen vertretenen Präferenzen von Regierungen mit dem Kräfteverhältnis wirtschaftlicher und anderer gesellschaftlicher Interessen im betreffenden Nationalstaat. Tilly erklärt mithilfe des liberalen Ansatzes von Putnam, warum US-Präsident Bill Clinton zwar das von ihm und Vizepräsident Al Gore mit ausgehandelte Kyoto-Protokoll in Japan unterzeichnet hat, es später aber wegen der oben genannten Byrd-Hagel-Resolution gar nicht erst dem US-Senat zur Ratifizierung vorlegte. In einer parlamentarischen Demokratie wie Deutschland besteht diese Diskrepanz nicht, da ein/-e Bundeskanzler/-in im Regelfall auch eine Mehrheit im Bundestag hat, so dass die Ratifizierung internationaler Abkommen zur Formsache wird (Tilly 2011a).

2.2 Neoliberaler Institutionalismus: Die Bedeutung effektiver Institutionen

Der neoliberale Institutionalismus übernimmt die neorealistischen Annahmen einer staatszentrierten und in Grundzügen anarchischen Welt, bietet jedoch eine etwas optimistischere Perspektive auf Kooperation. Handlungsdilemmata von Kosten-Nutzen-kalkulierenden Staaten können aus Perspektive des neoliberalen Institutionalismus durch internationale Institutionen bzw. Organisationen überwunden werden, die eine erwartungsstabilisierende Funktion ausüben. Eine längerfristige klimapolitische Kooperation zwischen Staaten scheint somit grundsätzlich möglich, ist jedoch auf bestimmte Bedingungen angewiesen.

Die konkrete Ausgestaltung von internationalen Institutionen, aber auch die Ausgestaltung nationaler Institutionen und deren Zusammenwirken im Mehrebenensystem gilt daher als zentral für den Erfolg von internationaler Klimapolitik (Lederer/Höhne 2021). Das Design von internationalen Institutionen bewegt sich in einem Zielkonflikt zwischen möglichst breiter Partizipation, hohen Klimaschutzbeiträgen und breitem Umsetzungserfolg nach Verabschiedung von Abkommen (vgl. Dimitrov et al. 2019). Alle diese Aspekte sind wünschenswert, lassen sich aber kaum zur gleichen Zeit erreichen. Eine hohe Verbindlichkeit einhergehend mit Sanktionen könnte etwa Akteur/-innen von der Beteiligung an Klimaabkommen abschrecken. Kanada verließ beispielsweise 2011 das Kyoto-Abkommen, als klar wurde, dass das Land anderenfalls einen Milliardenbetrag wegen der Nichteinhaltung von Emissionsminderungszielen hätte zahlen müssen. Um diese Dilemmata zu umgehen, betonen Vertreter/-innen des neoliberalen Institutionalismus vor allem die Flexibilität von Marktinstrumenten als Strategie zur Kostensenkung (siehe insbesondere Victor 2001).

Eine zentrale Herausforderung für das institutionelle Design des Pariser Abkommens besteht darin, die Konsensfähigkeit durch einen Bottom-up-Ansatz zu gewährleisten und zugleich über verschiedene Mechanismen sicherzustellen, dass die versprochenen Emissionsreduktionsziele tatsächlich erreicht werden. Die alle fünf Jahre erfolgende globale Bestandsaufnahme und die Verpflichtung zur Steigerung der Ambitionen können hierfür wegweisend sein. Diese Mechanismen erhöhen darüber hinaus die Anpassungsfähigkeit des Abkommens in Anbetracht neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse (vgl. Savaresi 2016: 21). Die letztlich Eignung des Abkommens zur Bewältigung der Klimakrise ist jedoch heute nicht absehbar.

2.3 Global Governance: Diversifizierung von Akteur/-innen

Global-Governance-Ansätze nehmen neben Staaten auch trans-, sub- und nichtstaatliche Akteur/-innen abseits der formellen intergouvernementalen Verhandlungen in den Blick (vgl. Okereke/Bulkeley/Schroeder 2009: 60). Tatsächlich bilden zivilgesellschaftliche Akteur/-innen, Nichtregierungsorganisationen, Unternehmensvereinigungen und Städteverbände heute wichtige Grundpfeiler des Klimaregimes (vgl. z.B. Bäckstrand et al. 2017, Kuyper/Linnér/Schroeder 2018). Das *C40-Bündnis* dient beispielsweise der Koordinierung von derzeit 97 Großstädten, die durch Kooperation und Wissenstransfer ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen umsetzen wollen. Auf europäischer Ebene vernetzt das *Klima-Bündnis* über 1800 Städte, Gemeinden und Landkreise aus 27 Ländern. Bekannt geworden ist auch die *We Are Still In*-Initiative, eine Koalition aus US-amerikanischen Bundesstaaten, Bürgermeister/-innen, CEOs und weiteren Entscheidungsträger/-innen, die nach dem Austritt Donald Trumps aus dem Pariser Klimaabkommen ihre Ambitionen zur Einhaltung des Abkommens bekräftigten. Die Mitglieder des Bündnisses kommen zusammen für über 70 Prozent der Wirtschaftsleistung der USA auf – dies beweist das theoretisch enorme Potenzial für CO₂-Einsparungen durch nicht-staatliche Akteur/-innen.

Selbst auf den Vertragsstaatenkonferenzen zur Klimarahmenkonvention sind nicht-staatliche Teilnehmer/-innen inzwischen in großer Zahl vertreten. In der Literatur wird für das Zusammenwirken staatlicher und nicht-staatlicher Akteur/-innen auch der Begriff des „hybriden Multilateralismus“ (Bäckstrand et al. 2017) verwendet. Nicht-staatliche Akteur/-innen sind heute nicht mehr bloße Beobachter/-innen internationaler Klimapolitik: Sie sind längst als aktive Akteur/-innen insbesondere im Prozess des Agenda-Setting, des Monitoring und der Implementierung anerkannt (vgl. Bäckstrand et al. 2017). Über die 2014 etablierte NAZCA-Plattform (siehe Abschnitt 1) legen nicht-staatliche Akteur/-innen inzwischen auch eigene, häufig sehr ambitionierte Selbstverpflichtungserklärungen vor.

Die Diversität und die zunehmende Unabhängigkeit dieser Initiativen von festgefahrenen globalen Verhandlungen kann als hoffnungsgebender Umstand gedeutet werden, aber auch als Prozess der *Fragmentierung* der Klimapolitik (siehe Biermann et

al. 2009). An dieser Art der Klimapolitik wird vor allem die Diffusion von Verantwortung und die Erosion staatlicher Autorität und Kompetenz kritisiert (vgl. Hoffmann 2011: 67). Auch ist offen, ob die nicht-staatlichen Akteur/-innen ihre selbstgesetzten Klimaziele tatsächlich erreichen. Es gibt zwar eine Berichtsnorm, aber es fehlt bislang unabhängige Evaluationsforschung. In der Fachliteratur wird die Notwendigkeit eines effektiven Handlungsrahmens betont, der die verschiedenen nichtstaatlichen Initiativen mit dem UN-Klimaregime und anderen multilateralen Abkommen in Beziehung setzt und koordiniert, um Synergieeffekte zu erzielen und Dopplungen zu vermeiden. Auf diese Weise soll die Trägheit offizieller internationaler Verhandlungen einerseits und die fehlende zentrale Koordination substaatlicher Beiträge andererseits synergistisch ausgeglichen werden (vgl. Chan et al. 2015).

2.4 Polyzentrismus: Klimapolitik als Lernprozess

In jüngerer Zeit wurde die Ausdifferenzierung des Klimaregimes und dessen Diversifizierung auch unter dem Begriff des *Polyzentrismus* konzeptualisiert (Jordan et al. 2018; Ostrom 2010). Die über Jahrzehnte stockenden Verhandlungen im Rahmen der Klimarahmenkonvention haben dazu geführt, dass sich alternative *Sites* (Orte) der Klimapolitik etablierten, wo sich mehr zu bewegen schien. Diese reichen von G7/8- bzw. G20-Treffen über bilaterale Klimagipfel (z.B. USA und China) bis hin zu substaatlichen und transnationalen Klimanetzwerken. Keohane und Victor (2011) bezeichneten diese weit über das Klimaregime hinausgehenden inter- und transnationalen Orte der Klimapolitik als *regime complex*. Die Selbstorganisation dezentral organisierter Akteur/-innen, deren Lust am Experimentieren und deren Lernprozesse werden im Anschluss an Elinor Ostrom (2010) als effektive Art des Regierens herausgestellt. Aus den zahlreichen Experimenten könnten sich die funktionalsten Problemlösungen durchsetzen (vgl. Tosun/Rossello 2020). Probleme kollektiven Handelns könnten demnach wirksam in Selbstorganisation überwunden werden und bedürften weder staatlicher Einmischung noch der Einrichtung neuer Märkte. Polyzentrische Klima-Governance, so die Hoffnung, könnte eine Alternative zu den internationalen Verhandlungen bieten oder diesen Rückenwind verleihen (Bulkeley et al. 2012).

Es besteht jedoch die Gefahr, dass dieser dezentrale Ansatz seine Wirkung verfehlt, wenn die Erfahrungen einzelner Akteur/-innen nicht systematisch ausgewertet und der Wissenstransfer nicht gemanagt wird. Aus diesem Grund hat sich eine Debatte um das Konzept der „Orchestration“ entsponnen (Abbott 2018). Auf nicht-hierarchische Weise sollen insbesondere internationale Organisationen wie die Weltbank materielle, technische und ideelle Unterstützung bei der Planung und Durchführung von klimapolitischen Experimenten bieten (vgl. Abbott 2018). Durch *Tracking* von freiwilligen Emissionseinsparungen kann etwa die Verantwortlichkeit nichtstaatlicher Akteur/-innen erhöht werden. Durch Berichte über vorbildliche nichtstaatliche Reduktionsziele sollen Nachahmungseffekte erzielt und Lernprozesse angeregt werden (vgl. Abbott 2018: 197).

3 Kritische Theorien

Die internationale Klimapolitik ist von Anfang an auch Gegenstand von Untersuchungen aus Sicht konstruktivistischer, poststrukturalistischer und neo-gramscianischer Ansätze gewesen, die in diesem Kapitel unter dem Label „Kritische Theorien“ zusammengefasst werden (Okereke/Bulkeley/Schroeder 2009). Konstruktivistische Theorien fragen nach der sozialen Konstruiertheit des Problems Klimawandel, aber auch nach der sozialen Konstruktion von Identitäten und Interessen der beteiligten Akteur/-innen. Wird der Klimawandel beispielsweise als existentielle Sicherheitsbedrohung problematisiert, könnten außergewöhnliche Maßnahmen zu seiner Bekämpfung legitim erscheinen, wie die Kopenhagener Schule meint. Poststrukturalistische Theorien wie die *Climate Governmentality Studies* untersuchen, welche Formen der Problematisierung des Klimawandels welche Formen des Regierens legitimieren und wie sich diese über die Zeit gewandelt haben. Neo-Gramscianer/-innen schließlich stellen die Grundsatzfrage, ob Klimaschutz innerhalb eines kapitalistisch organisierten Weltwirtschaftssystems, das wachstumsorientiert ausgerichtet ist, überhaupt gelingen kann.

3.1 Konstruktivismus: Länderunterschiede mit Ideen erklären

Konstruktivistisch orientierte Stränge der Regimetheorie haben darauf hingewiesen, dass die Interessen von Nationalstaaten in den internationalen Klimaverhandlungen keineswegs objektiv gegeben sind. Im Gegenteil, sie bilden sich erst in Interaktion mit den anderen Akteur/-innen heraus. Dabei spielen Normen eine konstitutive Rolle bei der Herausbildung von Identitäten und Interessen der beteiligten Akteur/-innen. Konstruktivistische Theorien machen darauf aufmerksam, dass das politische Problem des Klimawandels keinesfalls als naturwissenschaftlich gegeben betrachtet werden sollte, sondern dass der Klimawandel auf ganz unterschiedliche Weisen problematisiert und somit auch sozial konstruiert werden kann (Pettenger 2007). Dabei zeigen sich interessante Unterschiede in der sozialen Konstruktion des Klimawandels zwischen Ländern wie den USA und Deutschland, die erklärt werden können mit der „car culture“ in den USA einerseits und mit einem hohen Umweltbewusstsein (als Folge der Umweltbewegung) in Deutschland andererseits (Ulbert 1997, Tilly 2011b). Insbesondere die Konstruktion des Klimawandels als Sicherheitsbedrohung (Oels/von Lucke 2015) hat eine wichtige Rolle gespielt und soll daher im Folgekapitel genauer betrachtet werden.

Zur Analyse dieser sozialen Konstruktionen eignet sich die Methode der Diskursanalyse im Anschluss an Michel Foucault. In der Umweltpolitikforschung hat sich dabei die Form der Operationalisierung der Diskursanalyse durch Maarten A. Hajer (1995) durchgesetzt. Hajer nimmt an, dass zu jedem Zeitpunkt in einer politischen Arena mindestens zwei Diskurse um Vorherrschaft konkurrieren. Dabei fasst er die Akteur/-innen mit den von ihnen unterstützten Diskursen zu sog. Diskurskoalitionen zusammen. Untersucht wurde im Bereich des Klimawandels nicht nur der politische Diskurs (z.B.

Oels/von Lucke 2015 über Debatten im UN-Sicherheitsrat), sondern auch der wissenschaftliche Diskurs (z. B. IPCC-Berichte und Summary for Policymaker, siehe z. B. Beck/Oomen 2021). Auf nationalstaatlicher Ebene wurde darüber hinaus der Mediendiskurs zum Klimawandel vergleichend untersucht (z. B. Hase et al. 2021). Für den Fall Deutschland haben Weingart, Engels und Pansegrau (2007) schon frühzeitig eine vergleichende Analyse der drei Diskurse in Wissenschaft, Politik und Medien vorgelegt und dabei interessante Ungleichzeitigkeiten aufgedeckt.

3.2 Versicherheitlichung: Gefahren einer Konstruktion des Klimawandels als Sicherheitsproblem

Von Beginn an wurde der Klimawandel nicht nur als Umweltthema konstruiert, sondern auch als Sicherheitsthema. Dies wurde mit Verweis auf die Klimafolgen getan, die letztlich zu Massenmigration und bewaffneten Konflikten führen könnten (siehe Abschnitt 4.2). Die Kopenhagener Schule bezeichnet die Problematisierung und Regierbarmachung als Sicherheitsthema als „Versicherheitlichung“, die das Ziel verfolge, einen politischen Ausnahmezustand herbeizuführen und somit etablierte Regeln und Verfahren des politischen Prozesses zu umgehen (vgl. Balzacq 2011). Für den Fall der internationalen Klimapolitik konnten Oels und von Lucke (2015) mit dem Untersuchungsrahmen der Kopenhagener Schule zeigen, dass der Klimawandel nicht erfolgreich versicherheitlicht wurde, obwohl er bereits mehrfach auf die Agenda des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gesetzt wurde. Insbesondere fehlte von außergewöhnlichen Maßnahmen im Bereich der Klimapolitik jede Spur.

Neuere Arbeiten zur Versicherheitlichung des Klimawandels unterscheiden zwischen verschiedenen Arten der Konstruktion des Klimawandels als Sicherheitsbedrohung (Rothe 2017, Balzacq 2011). Von Lucke, Diez und Wellmann (2016) unterscheiden zwischen zwei Logiken der Versicherheitlichung, nämlich „Sicherheit“ und „Risiko“, sowie zwischen Referenzobjekten (die zu sichern sind) auf territorialer, individueller und globaler Ebene. Im Vergleich von vier Ländern arbeiten sie heraus, wie unterschiedlich sich Sicherheitsdiskurse im länderspezifischen Kontext entfaltet haben. Stieß der Klimasicherheitsdiskurs in der Türkei und in Mexiko auf wenig Interesse, so spielte er in den USA und in Deutschland zwischen 2007 und 2010 eine große Rolle. Während in den USA vor allem das Militär auf den Klimasicherheitsdiskurs ansprang und es wenig Bewegung im Bereich der Mitigation gab, so war der Klimasicherheitsdiskurs in Deutschland auch Antrieb für mehr Klimaschutz, jedoch weit entfernt von „außergewöhnlichen“ Maßnahmen.

Methmann und Oels (2015) arbeiteten für den Fall des „Klimaflüchtlings“ heraus, dass eine Rahmung des Themas im Diskurs *nationaler Sicherheit* eher dazu tendierte, Verteidigungspolitik und Grenzsicherung auf den Plan zu rufen. Eine Problematisierung im Rahmen *menschlicher Sicherheit* hingegen ging einher mit Diskussionen über einen möglichen Schutzstatus/Asylrecht. Der inzwischen dominante Diskurs der *Resilienz* hin-

gegen „normalisierte“ Migration als Folge des Klimawandels als rationale Strategie der Anpassung an Klimafolgen (Methmann/Oels 2015). Im folgenden Abschnitt werfen wir einen genaueren Blick auf die Gouvernentalitätsstudien, zu denen die Analyse von Methmann und Oels (2015) auch gehört.

3.3 Gouvernentalitätsansätze: Regieren aus der Distanz

Das Werk des französischen Philosophen Michel Foucault hilft, das Klimaregime als Macht-Wissens-Komplex zu begreifen, in dem Diskurse als konstitutiv für die Art und Weise des Regierens verstanden werden. Der Begriff der „Gouvernentalität“ konzeptualisiert die Regierbarmachung des Weltklimas: So sind eine Reihe von Regierungstechnologien wie die Einführung der quantifizierbaren Einheit „tCO₂e“ (Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente) notwendig, um aus dem Naturphänomen Klimawandel ein politisch bearbeitbares Objekt zu machen (Löfbrand/Stripple 2011; Methmann/Rothe/Stephan 2014). Die *Climate Governmentality Studies* untersuchen, wie der Klimawandel problematisiert wird und welche Rationalitäten des Regierens dadurch jeweils legitimiert werden (Stripple/Bulkeley 2013, Oels 2005). Ein wichtiger Teil des Regierens ist dabei das Regieren des Selbst durch Selbstdisziplinierung und durch Einnahme bestimmter Subjektpositionen.

Ein besonderer Beitrag der Gouvernentalitätsansätze kann in der Erkenntnis gesehen werden, dass neoliberales Regieren über die Distanz indirekt Macht ausübt. Beim Pariser Klimaabkommen bedeutet die Abwesenheit von verbindlichen Reduktionsverpflichtungen und harten Sanktionsmöglichkeiten nicht unbedingt, dass hier weniger regiert wird als durch frühere Abkommen (Bäckstrand/Löfbrand 2019). Viel eher wird deutlich, dass es einen Wandel in den Technologien des Regierens gegeben hat: Weg von einer eher wohlfahrtsstaatlich organisierten biopolitischen Gouvernentalität hin zu einer Art des neo-liberalen Regierens, die an die Eigenverantwortung der Akteur/-innen appelliert (siehe hierzu Oels 2005). Die biopolitische Problemwahrnehmung imaginiert die Erde als ein „Raumschiff“, das durch die Menschheit auf Grundlage von naturwissenschaftlichen Erkenntnissen und Technologien gesteuert werden könnte. So werden im Namen des Klimawandels weitreichende politische Interventionen und gar die Ausweitung staatlicher Kompetenzen zum Schutz des „Überlebens“ der Erde legitimiert, etwa in der Klimarahmenkonvention (Oels 2005). Die Rationalität neo-liberalen Regierens hingegen, die im Kyoto-Protokoll deutlich zutage tritt, inszeniert den Klimawandel als Resultat des Scheiterns staatlichen Regierens und öffnet die Bearbeitung des Klimawandels damit für Märkte und nicht-staatliche Akteur/-innen (vgl. Oels 2005). Andere Beiträge zeigen, wie über Technologien wie Smartphone-Apps und CO₂-Rechner Macht ausgeübt wird, indem Individuen zum Einsparen von Treibhausgas-Emissionen diszipliniert werden (Paterson/Stripple 2010). Das Regieren des Klimawandels über Emissionsmärkte lässt sich als „governing at a distance“ (Rose/Miller 2010) verstehen. Neuere Gouvernentalitätsstudien heben vor allem die Gleichzeitigkeit von biopolitischen und

neoliberalen Technologien des Regierens hervor, auch wenn in letzter Zeit die neoliberalen die Überhand gewonnen haben (Bäckstrand/Lövbrand 2019).

Carl Death (2011) zeigt mit einer Foucaultschen Perspektive auf, wie auch ohne manifesten Policy-Output auf internationalen Klima-Konferenzen regiert wird. Diplomatie, Presse-Statements und Reden werden als „Gipfel-Theater“ auf einer globalen Bühne verstanden, bei dem Normen, Erwartungen und Verhaltensstandards kommuniziert und verhandelt werden. Daran anknüpfend argumentiert Stefan Aykut (2021), dass kommunikative und symbolische Strategien in der freiwilligen Architektur des Post-Paris-Prozesses noch an Bedeutung gewonnen haben und danach streben, in immer neue gesellschaftliche Bereiche einzuwirken. Die *Climate Governmentality Studies* arbeiten heraus, dass die internationale Klimapolitik nicht unbedingt dem Klimaschutz dienlich ist, wie man eigentlich meinen könnte. Stattdessen warnen sie davor, dass das derzeitige Klimaregime nur so viel Klimaschutz ermöglicht, wie im Rahmen derzeitiger Macht-Wissens-Regime genehm erscheint. Die Wirtschaftsstrukturen hinter diesem Macht-Wissens-Regime nimmt jedoch erst die kritische Internationale Politische Ökonomie in den Blick.

3.4 Kritische Internationale Politische Ökonomie: Die strukturelle Macht des Kapitals

Die kritische Internationale Politische Ökonomie argumentiert, dass der Kontext des Kapitalismus die Handlungsoptionen von Staaten in der Klimapolitik drastisch beschränkt (Paterson/P-Laberge 2018). Die Art und Weise, wie Klimaschutz betrieben wird, lässt sich auf diese Weise als Versuch einer transnationalen, kapitalistischen Klasse verstehen, die Bedingungen der Kapitalakkumulation in einer sich verschärfenden Problemlage abzusichern. Newell und Paterson (2010) zeigen die häufig enge Verschränkung staatlicher Institutionen mit dem Energiesektor auf. Sie argumentieren, dass die klimapolitischen Positionen eines Staates vor allem mit dessen Beziehung zur Energiewirtschaft erklärt werden könnten. Staaten hätten eigene wirtschaftliche Interessen, die eng an den Verbrauch fossiler Ressourcen geknüpft sind (vgl. Newell 2015: 30).

Kapitalinteressen nahmen durch Lobbying direkten Einfluss auf internationale Entscheidungsprozesse. Beispiele für diese Einflussnahme sind etwa die Herausbildung der einflussreichen *Global Climate Coalition* oder des *Climate Council*, zu deren Mitgliedern Öl-, Gas- und Chemiekonzerne ebenso wie Akteur/-innen der Automobilindustrie gehören (Newell/Paterson 2010). Diese Interessengruppen konnten in der Vergangenheit einen enormen Einfluss auf Prozesse der Policy-Formulierung ausüben. Paterson weist weiterhin auf den Zusammenhang zwischen globalen Wirtschaftsbeziehungen und CO₂-Emissionen hin. So sei die lateinamerikanische Schuldenkrise in den 1980er-Jahren ursächlich für die fortschreitende Entwaldung gewesen: Die lateinamerikanischen Staaten waren gezwungen, ihre Exporterträge zu maximieren, um ihre Schulden zu bezahlen, und mussten dafür mehr Flächen für den Ackerbau kultivieren (vgl. Paterson 1996: 173 ff.).

Der Begriff der *strukturellen Macht* des Kapitals geht weniger von der Durchsetzung partieller Kapitalinteressen einer Industrie aus, sondern von der Idee, dass die Aufrechterhaltung von Akkumulationsregimen und die Antizipation der Interessen des Kapitals im Allgemeinen zu den zentralen Aufgaben eines Staates zählen. Durch die vorherrschende Ideologie in kapitalistischen Systemen wird die Pflege eines „business climate“ (Newell/Paterson 2010) erwartet. Marktförmige Institutionen wie der *Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung* und die zentrale Bedeutung von Finanzmärkten könnten darauf hindeuten, dass globale Klimapolitik weniger eine „*regulation of capital*“ denn eine „*regulation for capital*“ (Newell 2015: 35, Hervorh. im Original) darstellt, insofern neue Märkte und Modi der Kapitalakkumulation geschaffen werden. Die Transformation globaler Produktionsprozesse und die Formen neoliberaler Inwertsetzung von Naturgütern über Emissionsmärkte und Waldschutzprogramme kann mit Gramsci auch als *passive Revolution* beschrieben werden, mit der sich grundlegende Macht- und Herrschaftsbeziehungen noch im Anbetracht einer globalen Katastrophe aufrechterhalten lassen (vgl. auch Brand/Wissen 2017: 160). Internationale Investitionsabkommen und Patentrechte auf moderne, „grüne“ Technologien sichern dabei die Aufrechterhaltung kapitalistischer Strukturen auch im Angesicht des Klimawandels ab. Paterson (2021) sieht die Menschheit am Scheideweg: Ein „weiter so“ wird die Menschheit zum Zusammenbruch der Zivilisation führen, wie wir sie kennen. Die Alternative dazu sei die radikale Transformation weg von einem fossilen Kapitalismus.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat einmal mehr verdeutlicht, dass die internationale Transformation des Energiesektors auch eine geopolitische Dimension hat. Fossile Energieträger wie Gas, Öl und Kohle sind teils ko-konstitutiv für Machtstrukturen zwischen Staaten, insofern ihr Transport starke Abhängigkeiten schafft. Eine Dekarbonisierung der Wirtschaft stellt jahrzehntelange Interdependenzen infrage und kann mit einer zeitweiligen Destabilisierung der Weltordnung einhergehen. Es ist anzunehmen, dass Akteur/-innen wie Russland klimapolitische Ambitionen dem machtpolitischen Vorteil der Förderung fossiler Energien unterordnen, und dass Projekte wie der Green New Deal der EU auf russischer Seite auch als geopolitische Bedrohung wahrgenommen werden.

4 Klima-Anpassung, Klima-Konflikte und Klima-Gerechtigkeit

Während den schon heute unabwendbaren Folgen der globalen Erderwärmung mit einer Politik der Anpassung begegnet wird, stellen sich auch Fragen nach der Zunahme von Konflikten und Migration durch die Zerstörung von Lebensräumen. Die global höchst ungleiche Verteilung von Kosten, Schäden und Risiken durch den Klimawandel hat eine gesellschaftliche und akademische Debatte unter dem Begriff der „Climate Justice“ angeregt. Die Frage nach Klimagerechtigkeit wird auch von verschiedenen sozialen

Bewegungen in den Vordergrund gerückt, deren Erfolg als Reaktion auf eine global vollkommen unzureichende Klimapolitik zu verstehen ist. Sogenannte Klimaklagen werden als neues wirksames Instrument zur Verpflichtung zur Mitigation diskutiert. Besonders kontrovers geführt wird schließlich die Debatte über die Möglichkeit und Normativität von wirtschaftlichem Wachstum in Zeiten der Klimakrise. Hier wird deutlich, wie sehr der Klimawandel grundlegende Konzepte des Wirtschaftens infrage stellt.

4.1 Anpassung an Klimafolgen

In vielen Regionen sind die Folgen des globalen Klimawandels schon heute zu spüren, z.B. durch einen Anstieg des Meeresspiegels oder durch eine Zunahme der Häufigkeit und Intensität von Extremwetterereignissen, Überflutungen, Dürren und Stürmen. In Deutschland gab es beispielsweise im Jahr 2015 einen Hitzesommer mit 17 Tagen, an denen die Tageshöchsttemperatur auf 30 Grad Celsius oder mehr anstieg. Deutschlandweit wurde für das Jahr 2015 ein Wert von 6.000 hitzebedingten Sterbefällen errechnet (Interministerielle Arbeitsgruppe Anpassungsstrategie der Bundesregierung 2019: 34).

Während deutliche klimatische Veränderungen zu einem bestimmten Grad nicht mehr aufhaltbar erscheinen, so kann doch das Ausmaß der Schäden durch eine Politik der Anpassung eingedämmt werden (Keskitalo/Preston 2019). Anpassungspolitik schließt sowohl Vorsorge (wie z.B. Deichbau) als auch schnelles Handeln im Katastrophenfall ein (z.B. Evakuierung). Im besten Fall werden Maßnahmen der Anpassung kombiniert mit Klimaschutz (z.B. Dachbegrünung mit Photovoltaik). Die Anpassung an die erwarteten Folgen des Klimawandels wurde im Jahr 2001 mit der Einrichtung des *Adaptation Fonds* unter dem Dach des Kyoto-Protokolls erstmals institutionalisiert. Dieser Fond unterstützt die sog. Entwicklungsländer bei der Umsetzung konkreter Anpassungsprojekte. Auf der Klimakonferenz von Cancún im Jahr 2010 wurde das *Cancun Adaptation Framework* verabschiedet, das die Politik der Anpassung gleichberechtigt neben die Politik der Mitigation (Begrenzung der Erwärmung) stellt. Was trotzdem geschädigt wird, wird politisch unter dem Dach des *Warsaw Mechanism on Loss & Damage* behandelt. Auf der Klimakonferenz COP 27 in Sharm el-Sheikh wurde die Einrichtung eines Fonds für Schäden und Verluste beschlossen. Wegen der so zögerlichen Anpassungspolitik in den Industrienationen konzentriert sich die politikwissenschaftliche Forschung in den Industrieländern auf die Frage nach Barrieren (barriers) und Pfadabhängigkeiten (lock-ins), die einer wirksamen Anpassungspolitik im Weg stehen (Siebenhüner et al. 2021).

Poststrukturalistische Ansätze heben hervor, dass es irreführend sei, die Politik der Anpassung an den Klimawandel als technokratische Angelegenheit darzustellen (Klepp/Chavez-Rodriguez 2018). Elise Remling (2018) hat die Entpolitisierung der Anpassungspolitik in der EU nachgezeichnet. Stattdessen gehe es um hochpolitische Entscheidungen zwischen alternativen Zukunftsentwürfen, an denen die Betroffenen auch beteiligt werden müssten (Eriksen/Nightingale/Eakin 2015, Oels 2019). Ansätze der Kritischen Politi-

schen Ökonomie heben hervor, dass die Verwundbarkeit gegenüber Klimafolgen mit dem sozio-ökonomischen Status eines Menschen in der Gesellschaft korreliert, somit also systemisch erzeugt wird. Postkoloniale Theorien betonen, dass viele heute weiterbestehende Strukturen, die in sog. Entwicklungsländern Verwundbarkeiten erzeugen, noch aus kolonialen Zeiten stammen (Klepp/Chavez-Rodriguez 2018: 10). Wenn es nun darum geht, Verwundbarkeiten gegenüber Klimafolgen zu verringern, so wäre es sinnvoll, zunächst bestehende strukturelle Ungleichheiten abzubauen (Cameron 2012: 110). Einige Anpassungsmaßnahmen in sog. Entwicklungsländern verschieben Verwundbarkeiten nur, beseitigen sie aber nicht (Atteridge/Remling 2018). Der Mainstream der Anpassungspolitik setze nur auf technologisches „Adjustment“ und teure internationale Berater/-innen, vermeide es jedoch, sich mit den Wurzeln von Verwundbarkeit zu befassen, so diese kritische Literatur. An den Grundfesten des kapitalistischen Wirtschaftssystems mit seiner Orientierung an Wirtschaftswachstum, das den Klimawandel ja weiterhin hervorbringe, werde nicht gerüttelt (Klepp/Chavez-Rodriguez 2018: 9). Es solle ein „weiter so“ geben, und damit das möglich wird, sollen sich die Menschen rund um den Globus „resilient“ gegen Klimafolgen machen (Methmann/Oels 2015). Das Konzept der Resilienz ist daher hoch umstritten. Für seine Verfechter/-innen bedeutet es, im Angesicht als unvermeidbar betrachteter Klimafolgen mit Verwundbarkeit leben zu lernen und vor allem zu überleben. Für seine Kritiker/-innen ist Resilienz ein Hohn für die Betroffenen, die aufgefordert sind, unter Gefahren zu leben, von denen zumindest ein Teil politisch noch verhinderbar wäre, z.B. durch drastische Emissionsminderungen (Methmann/Oels 2015). Entsprechend regen sich auch Aktivitäten des zivilen Ungehorsams gegen die Aufforderung, sich resilient zu machen.

4.2 „Klimaflüchtlinge“ und „Klimakriege“

Um die vom Klimawandel ausgehenden Gefahren zu unterstreichen, wurde der Klimawandel von Anfang an nicht nur als Umweltthema, sondern auch als Sicherheitsbedrohung hervorgebracht (Oels/von Lucke 2015, Rothe 2017). Denn als Klimafolgen werden auch Migration („Klimaflüchtlinge“) und bewaffnete Konflikte („Klimakriege“) diskutiert. Im Jahr 2007 setzte die EU das Thema Klimawandel erstmals auf die Tagesordnung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (Methmann/Oels 2015). Im Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen im Nachgang zu der Sitzung wurde der Klimawandel nicht als in sich gefährlich betrachtet, sondern vor allem als „Bedrohungsmultiplikator“ (UNGA 2009). Dabei wurde davon ausgegangen, dass der Klimawandel vor allem bestehende Problemlagen verschärfen würde. Als zentrale Sicherheitsrisiken des Klimawandels wurden extreme Wetterereignisse und der Meeresspiegelanstieg betrachtet, sowie deren Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit und Wasserversorgung (Mobjörk et al. 2016). Darüber hinaus wird bei zunehmender Zerstörung der Lebensgrundlagen durch Klimafolgen davon ausgegangen, dass Migrationsbewegungen zunehmen werden. Diese Migrationsbewegungen könnten das Risiko bewaffneter Konflikte erhöhen (vgl. Mobjörk et al. 2016).

Migration im Kontext des Klimawandels wird vom Stand der Forschung aus immer multi-kausal gedacht, d. h. der Klimawandel oder eine Naturkatastrophe sind selten der alleinige Migrationsgrund (Boas et al. 2019). Migrationsbewegungen können dabei innerhalb eines Nationalstaates erfolgen (Binnenmigration) oder über Staatsgrenzen hinweg. Für beide Formen der Migration fehlt es an Rechtsgrundlagen zum Schutz der betroffenen Menschen, weswegen auch die Bezeichnung „Klimaflüchtling“ irreführend ist und vermieden werden sollte (Munoz 2021). Darüber hinaus kämpfen viele Betroffene gerade nicht für einen Schutzstatus als Flüchtlinge, sondern dafür, in ihrer Heimat bleiben zu können, indem drastische Emissionsreduktionen durchgesetzt werden (Methmann/Oels 2015). Sollten die Betroffenen nichtsdestotrotz den Klimafolgen weichen müssen, so sind sie an „Migration in Würde“, also Arbeitsmigration oder auch Kompensationszahlungen, interessiert (Klepp 2017). Sollte darüber hinaus noch ein Schutzstatus geschaffen werden, so sollte dieser nicht zwischen Naturkatastrophen und Klimafolgen unterscheiden, da die Zuordnung (*attribution*) zum Klimawandel derzeit wissenschaftlich erst in Ansätzen möglich ist (und die Frage des Sinns einer Unterscheidung strittig ist). Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung stellt die 2015 von mehr als 100 Ländern unterzeichnete *Agenda for the Protection of cross-border displaced persons in the context of disasters and climate change* (The Nansen Initiative 2015) dar. Die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen hat 2015 eine *Task Force on Displacement* eingesetzt, die aber bislang noch keine Beschlussvorlage erarbeitet hat.

Ebenso strittig wie das Thema Klimawandel und Migration ist die Frage, ob der Klimawandel tatsächlich zu einer Zunahme bewaffneter Konflikte („Klimakriege“) führen wird (Ide et al. 2021a und b). Als ursächlich für mögliche Klima-Konflikte wird die Abwanderung von Bevölkerungsgruppen aus ihren heimischen Gebieten gesehen, beispielsweise wegen Naturkatastrophen oder Klimafolgen. In den Aufnahmeregionen wird wiederum zwischen innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Konflikten unterschieden. Es gilt als zunehmend gesichert, dass der Klimawandel das Risiko innerstaatlicher, bewaffneter Konflikte verstärkt. Der Klimawandel erhöht ebenfalls das Risiko kleinskaliger Konflikte, z. B. von Protesten anlässlich starker Preissteigerungen von Nahrungsmitteln (Ide et al. 2021a). Der Klimawandel hat nach jetzigem Stand der Forschung jedoch keinen Einfluss auf zwischenstaatliche Konflikte (Mach et al. 2019). Im Gegenteil, es gibt sogar solide Hinweise, dass in Konstellationen von Umweltproblemen und klimabezogenen Risiken auch Kooperation auftritt und dadurch Konfliktrisiken reduziert werden (*environmental peacebuilding*) (Ide et al. 2021b). In neueren Arbeiten wird der Ausbau erneuerbarer Energien als wichtige Verschiebung geopolitischer Interessenslagen diskutiert, die es im Blick zu behalten gälte (Lederer 2020).

4.3 Soziale Bewegungen

Seit den 1990er-Jahren werden die jährlichen Klimagipfel von Protesten durch Umweltorganisationen begleitet. Insbesondere die Gipfel von Kopenhagen 2009 und Paris 2015

konnten einen breiten Protest mobilisieren (Moor et al. 2021). Viele etablierte nicht-staatliche Akteur/-innen wie Umwelt-NROs und Verbände sind im Laufe der letzten 27 Jahre Teil eines trägen hybriden Politik-Systems geworden (Bäckstrand et al. 2017), innerhalb dessen Konflikte vermieden werden. Eine echte Opposition zu hegemonialen Diskursen und Arten des klimapolitischen Regierens war von ihnen immer weniger zu erwarten. Umso bedeutsamer sind die jungen Bewegungen der letzten drei Jahre.

Seit 2018 erlebt der zivilgesellschaftliche Protest einen gewaltigen und breitenwirksamen Aufschwung. Besonders erfolgreich ist dabei die von der schwedischen Schülerin Greta Thunberg 2018 initiierte Bewegung *Fridays for Future* (siehe hierzu Haunss/Sommer 2020). Regelmäßig bestreiken vor allem Schüler/-innen und Student/-innen an Freitagen den Besuch von Schule und Universität, um Maßnahmen zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens einzufordern. Mit etwa vier Millionen Demonstrant/-innen weltweit, davon 1,4 Millionen in Deutschland, fand am 20. September 2019 der bisher größte globale Klimastreik statt. Die transnational auf sechs Kontinenten agierende Bewegung *Extinction Rebellion* bedient sich häufig radikalerer Aktionen des zivilen Ungehorsams, darunter etwa Blockaden oder Besetzungen (vertiefend siehe Berglund/Schmidt 2020). In Deutschland ist noch die Protestgruppe *Letzte Generation* von Bedeutung, die seit Herbst 2022 regelmäßig durch Störungen des öffentlichen Lebens für Aufsehen sorgt.

Den Bewegungen ist es gelungen, das Thema Klimaschutz auf nationaler wie internationaler Ebene ganz oben auf die politische Agenda zu setzen. Die Politik hat dabei reagiert, indem sie ihren Diskurs angepasst hat und nun auch vom Klimawandel spricht (Berglund/Schmidt 2020: 104). Das entschlossene politische Handeln sucht man jedoch auf Ebene der Nationalstaaten nach wie vor vergeblich. Bei allem politischen Beifall für die Klimaschutzbewegung sollte auch auf die Kriminalisierung von Protestierenden in Deutschland und auf ihre Bedrohungslage weltweit hingewiesen werden. In Ländern wie Brasilien, Indien, Kolumbien oder den Philippinen werden Aktivist/-innen verfolgt, eingeschüchert und getötet (Global Witness 2021). Insbesondere Interessengruppen aus der fossilen Industrie greifen hier zu drastischen Maßnahmen, um ihre klimafeindlichen Produktionsweisen ungestört aufrecht zu erhalten. Der Einsatz für Umwelt- und Klimaschutz zählt daher global zu den gefährlichen Formen von Aktivismus.

4.4 Konzepte der Climate Justice

Die extrem ungleiche globale Verantwortung für und Betroffenheit durch den Klimawandel ist Anlass einer lebendigen wissenschaftlichen und politischen Debatte um das Konzept von „Klimagerechtigkeit“ (Roberts/Parks 2006). In der wissenschaftlichen Debatte werden verschiedene Gerechtigkeitsdimensionen des Klimawandels diskutiert (Patterson et al. 2018). Khan et al. (2020) unterscheiden zwischen distributiver Gerechtigkeit (Verteilung von Kosten und Nutzen), prozeduraler Gerechtigkeit (durch Beteiligung aller Betroffenen), Anerkennungsgerechtigkeit (von vergangenem Unrecht), neoliberaler

ler Gerechtigkeit (wechselseitiger Vorteil ist fair, Eigentumsrechte bleiben unberührt) und korrekativer Gerechtigkeit (durch Kompensation für erlittenes Unrecht). Quer dazu verläuft dann noch die intergenerationale Gerechtigkeit, die in allen oder zumindest einigen dieser Kategorien versucht, für die Rechte zukünftiger Generationen zu sorgen (Howarth 2012). Diese westlichen Konzeptionen von Klimagerechtigkeit sind jedoch nicht unangefochten. Nicht-westliche Autor/-innen wie Lina Álvarez and Brendan Coolsaet (2020) haben davor gewarnt, dass die unkritische Übernahme westlicher Gerechtigkeitskonzepte im globalen Süden neue Ungerechtigkeiten hervorbringen könne. Darüber hinaus würde sich bei Anlegung westlicher Maßstäbe der Eindruck festigen, lokales und indigenes Wissen sei der westlichen Wissenschaft unterlegen.

Insbesondere die Frage nach der klimapolitischen Verantwortung einzelner Staaten wird hitzig diskutiert. Verantwortung lässt sich auf verschiedene Weisen messen (Eisenstadt/MacAvoy 2021: 75–80): An den historischen (also kumulativen) Emissionen eines Landes von 1850 bis heute, an den aktuellen Emissionen pro Land oder an den aktuellen Emissionen pro Kopf (innerhalb eines Landes). Während die historischen Emissionen die westlichen Industrieländer in die Verantwortung nehmen, rücken die Emissionen pro Land den aktuell prozentual hohen Emissionsanteil von China (31%) ins Rampenlicht. Werden aber gleiche Pro-Kopf-Emissionsrechte angenommen und die Emissionen von China heruntergerechnet auf die Bevölkerungszahl, dann überschreiten doch wieder die USA (und andere westliche Industrieländer) ihr Emissionsbudget und nicht China. In der Klimarahmenkonvention von 1992 wurden die unterschiedlichen Verantwortlichkeiten an der Verursachung des Klimawandels in Artikel 3 im Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten berücksichtigt. Dieses Prinzip wurde dann im Kyoto-Protokoll konkretisiert, wo ja nur Industrieländer verbindliche Reduktionsziele für den Zeitraum 2008–2012 übernommen haben. Erst im Pariser Abkommen beteiligten sich alle Länder an Anstrengungen zur Minderung der Emissionen. China und Indien konnten jedoch durchsetzen, dass sie erst für den Zeitraum nach 2030 Klimaziele übernehmen (Eisenstadt/MacAvoy 2021: 80).

Gerade Länder, die am wenigsten zur Verursachung des Klimawandels beigetragen haben – wie die kleinen Inselstaaten und Bangladesch – sind am härtesten von Klimafolgen wie dem Meeresspiegelanstieg betroffen. Aus Rawls Gerechtigkeitstheorie ließe sich hier nach Meinung von Eisenstadt/MacAvoy (2021: 79) zum Schutz der Schwächsten eine Pflicht der Stärksten zur Fürsorge ableiten. Zur Finanzierung von Klimaschutz und Anpassung im Globalen Süden wurde den sog. Entwicklungsländern ein Finanztransfer von 100 Milliarden USD pro Jahr ab 2020 aus öffentlichen und privaten Kassen versprochen (bereits in Cancun 2010). Doch auch hier klappt eine Gerechtigkeitslücke: In den Jahren 2020 und 2021 wurde das Ziel deutlich verfehlt. Während nach Selbstzählung der OECD-Länder im Jahr 2018 immerhin rund 78 Milliarden USD in Form von bilateralen oder multilateralen Krediten und Subventionen in den Globalen Süden transferiert wurden, so erkennt die NRO Oxfam davon nur rund 19–22,5 Milliarden USD für die Periode 2017–2018 an, also nur ein Drittel (Timperley 2021). Es wird von Oxfam argumentiert,

dass Kredite zu Marktpreisen kein Entgegenkommen an die sog. Entwicklungsländer darstellen würden. Es ist unklar, wie die Lücke geschlossen werden soll.

4.5 Klimaklagen

Wo Betroffene aufgrund des zu unverbindlichen Pariser Klimaabkommens ihre Rechte gefährdet sehen, wird vermehrt zum Mittel der Klage gegriffen (Beauregard et al. 2021). Besonders erfolgreich waren in den letzten Jahren Klagen im Bereich der Mitigation, die sich auf die Grundrechte und das Prinzip der Generationengerechtigkeit beriefen. Die niederländische Stiftung Urgenda hat im Jahr 2013 im Namen von 886 niederländischen Bürger/-innen eine Klage gegen die unzulängliche Klimapolitik der niederländischen Regierung eingereicht. Das Gericht verpflichtete in seinem Urteil von 2015 die niederländische Regierung zu einer Emissionsreduktion von 25 % bis 2020 gegenüber 1990 (anstatt der bisher geplanten 16 %) (Beauregard et al. 2021). In Deutschland hatte im Jahr 2021 eine Klage junger Menschen gegen die Klimapolitik der schwarz-roten Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht Erfolg. Die Bundesregierung wurde verpflichtet, zur besseren Planungssicherheit und zur Wahrung der Generationengerechtigkeit den Emissionspfad von 2030 bis zur Klimaneutralität im Jahr 2050 darzulegen; nicht nur Zwischenziele bis 2030 (Hagen/Pittel 2021). Interessant an diesen Klagen ist, dass sich dabei auf die in internationalem Umweltrecht verankerten Ziele berufen wurde (Beauregard et al. 2021).

Auf ihren Durchbruch warten hingegen noch Klagen im Bereich der Klimafolgen (Toussaint 2020). Der am meisten beachtete Fall ist derzeit die 2015 eingereichte Klage des Bauern Saúl Luciano Lliuya aus Huaraz in Peru gegen RWE (Eisenstadt/MacAvoy 202, case study 8.1). Der Bauer hält RWE historisch verantwortlich für 0,47 % der globalen Treibhausgasemissionen. Da seine Stadt und sein Haus durch die zunehmende Gletscherschmelze in den Anden in Zukunft von einer Überflutung bedroht sind, fordert Lliuya von RWE 0,47 % der Kosten, die die Verstärkung des Damms kostet. Der Prozess war zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht abgeschlossen. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass internationale Abkommen durch Klagen auf nationalstaatlicher Ebene neue Durchsetzungskraft im Hinblick auf Klimaschutz erlangen können. Unklar ist, ob dies auch auf den Bereich der Klimafolgen zutreffend ist.

4.6 Wachstumsdebatten

Die vorangegangenen Kapitel haben illustriert, dass die politische Bearbeitung des Klimawandels kein technokratisches Problem ist, das sich mit wenigen regulatorischen Maßnahmen lösen ließe (Nightingale et al. 2020). Der anthropogene Klimawandel hat seine Ursachen in tief verankerten wirtschaftlichen Produktionsweisen, die eng an gesellschaftlichen Wohlstand und starke Eigeninteressen wirtschaftlicher Akteur/-innen

gebunden sind. Die Unvereinbarkeit moderner Formen des Wirtschaftens mit der Begrenzung der Erderwärmung scheint immer deutlicher hervorzutreten (Göpel 2016). Dies ist Anlass einer kontroversen Debatte, die sich der großen Frage nach zukunftsfähigen Wirtschaftsmodellen im Anthropozän widmet.

Besonders prominent sind dabei zwei Strömungen: Degrowth und Green Growth. Degrowth-Vertreter/-innen nehmen einen unabdingbaren und positiven kausalen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch an. Zugleich sei das menschliche Wohlergehen zumindest in industrialisierten Staaten nicht zwingend an die Wirtschaftsleistung (gemessen am BIP pro Kopf) geknüpft (Petschow et al. 2018: 21). Degrowth-Vertreter/-innen fordern, dass die Wirtschaft sich an lokalen Bedürfnissen und sozial nützlicher Produktion orientieren solle, und dabei den Wert von Arbeit und Umwelt neu bemessen möge (Newell 2020: 109). Angesichts der proklamierten Unausweichlichkeit von Degrowth solle man sich mit Konzepten der sozialen Nachhaltigkeit in einer Welt ohne Wachstum auseinandersetzen.

Das Konzept Green Growth geht hingegen davon aus, dass sich wirtschaftliches Wachstum vom gesellschaftlichen Ressourcenverbrauch durch technologische Innovationen entkoppeln ließe. Green-Growth-Ansätze wollen die Wirtschaft durch Einpreisung externalisierter Umweltkosten, neue Technologie und eine veränderte Industriestrategie reformieren, die Idee vom Wachstum als Treiber für gesellschaftliches Wohlergehen aber nicht verwerfen. Green Growth ist inzwischen offizielle politische Leitlinie einiger der größten zwischenstaatlichen Institutionen wie der OECD, des UN-Umweltprogramms und der Weltbank. Einige empirische Untersuchungen weisen darauf hin, dass die Möglichkeit einer totalen Entkopplung von CO₂-Emissionen und Wirtschaftswachstum, zumal in hinreichender Geschwindigkeit, höchst zweifelhaft ist, weshalb die Politik z. B. der Weltbank fehlgeleitet sei (Hickel/Kallis 2020).

Einig ist man sich über die Notwendigkeit einer möglichst zeitnahen Dekarbonisierung aller Wirtschaftszweige. Ossewaarde/Ossewaarde-Lowtoo (2020) haben den *Green Deal* der Europäischen Union diskursanalytisch daraufhin untersucht, welches der beiden Wachstumsmodelle darin zum Ausdruck kommt. Sie folgern, dass sich Elemente beider Ansätze sowie etwas Drittes darin finden. Es lasse sich jedoch kein grundsätzlicher Bruch mit dem Wirtschaftswachstum in der EU-Rhetorik finden. In Reinform scheint sich keiner der beiden Ansätze durchzusetzen. Stattdessen ist die Wissenschaft auf der Suche nach einem dritten Weg zwischen den beiden Extremen. Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung hat das Konzept der vorsorgeorientierten Postwachstumsökonomie entwickelt (Petschow et al. 2018). Darin wird vorgeschlagen, die sozialen Sicherungssysteme durch radikale Reformen von ihrer Angewiesenheit auf Wirtschaftswachstum zu befreien. Darüber hinaus solle die Regierung den Erfolg ihrer Wirtschaftspolitik nicht länger am Wirtschaftswachstum messen, sondern sich andere Ziele wie Klimaschutz oder Lebensqualität samt zugehöriger Indikatoren setzen.

5 Fazit und Ausblick

Die internationale Klimapolitik hat in den letzten 25 Jahren einen klaren Strukturwandel vollzogen, weg von einem staatenzentrierten, sanktionsbewehrten Regime hin zu einem loserem Regimekomplex (Keohane/Victor 2011). Verbindliche top-down-Ziele zur Minderung der Treibhausgase im Rahmen des Kyoto-Protokolls wurden im Pariser Abkommen ersetzt durch unverbindliche, von den Staaten selbst gewählte bottom-up-Ziele (Oberthür/Groen 2020). Die von staatlichem Handeln gelassenen Lücken wurden vielerorts von Selbstverpflichtungserklärungen nicht-staatlicher oder sub-staatlicher Akteur/-innen gefüllt (Bulkeley et al. 2012).

Mit dem Wandel im internationalen Klimaregime haben sich auch die politikwissenschaftlichen Theorien gewandelt, mit denen die inter- und transnationale Klimapolitik untersucht wird. Das Aufkommen nicht-staatlicher und sub-staatlicher Akteur/-innen konnte von den früher dominanten Theorien des Neorealismus und Liberalismus nur unzureichend abgebildet werden, da für diese der Nationalstaat das einzig relevante *Unit of Analysis* ist. Der Aufstieg neuer Akteur/-innen hat Ansätzen des Regierens im Mehrebenensystem sowie dem polyzentrischen Regieren zu Popularität verholfen. Konstruktivistische und poststrukturalistische Theorien haben vor allem den Zusammenhang zwischen Problematisierung des Klimawandels in nationalen Kontexten und den daraus resultierenden unterschiedlichen Möglichkeiten des Regierens in der Klimapolitik untersucht. Neo-Gramscianische Theorien bleiben schließlich unverzichtbar, um den Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Emissionszuwächsen im Blick zu behalten und weiterhin Grundsatzfragen zum Wirtschaftssystem stellen zu können.

Es mehren sich die Stimmen, die für den fehlenden Erfolg internationaler Klimapolitik eine ungeeignete Wissensgrundlage verantwortlich machen (Nightingale et al. 2020). Das international vorherrschende Verständnis des Problems Klimawandel als Frage von abstrakt betrachteten Treibhausgasemissionen wurde vor allem von der Wissenschaft geprägt, d.h. vom westlich dominierten Weltklimarat IPCC. Dabei wird argumentiert, dass die dominanten Wissensverhältnisse daran mitschuldig seien, sowohl den Klimawandel selbst als auch die aus ihm resultierenden Ungerechtigkeiten zu koproduzieren. Darüber hinaus würde dieses technokratische Wissen nicht zum Handeln anregen – im Gegenteil: „The current techno-scientific apparatus guiding our responses to climate change is deeply disempowering for most people“ (Nightingale et al. 2020: 348). Auch stellen sich Fragen nach der Eignung herkömmlicher Theorien der Internationalen Beziehungen zur Analyse einer völlig neuen Problemlage – im Angesicht eines drohenden Ökozids. Autor/-innen wie Franziska Müller (2019) werben daher für die Entwicklung einer IB-Theorie für das *Anthropozän* (Burke/Fishel/Dalby 2016), die unter anderem die starke Trennung von Mensch und Natur aufbricht und Kategorien wie *Akteur/-in*, *Agency* und *Anarchie* hinterfragt.

Es muss mehr Wissen produziert werden, das die Ko-Produktion des Klimawandels und der aus ihm resultierenden Verwundbarkeiten unterbricht. Auch sollte Wissen sehr viel näher an den Menschen und deren Handeln angesiedelt sein; also auch experimen-

telles Wissen einbeziehen, das zu neuen Lösungen führen könne. Der politische Kampf gegen den Klimawandel beginnt mit Auseinandersetzungen über Alltagspraxen, die sich verändern müssen, und auch mit Debatten über die unterliegenden hegemonialen Strukturen, die es zu transformieren gilt. Das wird nur mit dem Druck von starken sozialen Bewegungen gelingen.

Literaturhinweise

1 Handbücher

- Bulkeley, Harriet/Newell, Peter (2015): *Governing Climate Change*, 2. Aufl., New York.
- Dryzek, John/Norgaard, Richard B./Schlosberg, David (2011): *The Oxford Handbook of Climate Change and Society*. Oxford Handbooks Online, Open Access at: <https://www.oxfordhandbooks.com/view/10.1093/oxfordhb/9780199566600.001.0001/oxfordhb-9780199566600> (Zugriff am 16.08.2022)
- Eisenstadt, Todd/MacAvoy, Stephen (2021): *Climate change, science, and the politics of shared sacrifice*, Oxford/New York.
- Jafry, Tahseen/Mikulewicz, Michael/Helwig, Karin (Hrsg.) (2020): *Routledge Handbook of Climate Justice*, London.
- Jordan, Andrew/Huitema, Dave/van Asselt, Harro/Forster, Johanna (2018): *Governing Climate Change: Polycentricity in Action?*, Cambridge.
- Keskitalo, E. Carina/Preston, Benjamin L. (Hrsg.) (2019): *Research Handbook on Climate Change Adaptation Policy*, Cheltenham.
- Klein, Naomi (2019). *On Fire: The (Burning) Case for a Green New Deal*, New York.
- Klepp, Silja/Chavez-Rodriguez, Libertad (Hrsg.) (2018): *A critical approach to climate change adaptation: Discourses, policies, and practices*, Abingdon.
- Lövbrand, Eva/Bäckstrand, Karin (Hrsg.) (2015): *Research Handbook on Climate Governance*, Cheltenham.
- Roberts, J. Timmons/Parks, Bradley (2016): *A climate of injustice: Global inequality, North-South politics, and climate policy*, Cambridge.
- Stripple, Johannes/Bulkeley, Harriet (Hrsg.) (2013): *Governing the Climate: New Approaches to Rationality, Power and Politics*, Cambridge.

2 Zeitschriften

- Ambio (achtmal jährlich)
- Climatic Change (zweiwöchentlich)
- Current Opinion in Environmental Sustainability (zweimonatlich)
- Environmental Science & Policy (halbjährlich)
- Environment and Planning E: Nature and Space (jährlich)
- Geoforum (vierteljährlich)
- Geopolitics (fünfmal jährlich)
- Global Environmental Change (vierteljährlich)
- Global Environmental Politics (vierteljährlich)
- Environmental Politics (siebenmal jährlich)
- Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change (halbjährlich)

3 Darstellungen

- Abbott, Kenneth W. (2018): *Orchestration. Strategic Ordering in Polycentric Governance*, in: Andrew Jordan/ Dave Huitema/Harro van Asselt/Johanna Forster (Hrsg.): *Governing Climate Change: Polycentricity in Action?*, Cambridge, S. 188–209.
- Álvarez, Lina/Coolsaet, Brendan (2020): *Decolonizing Environmental Justice Studies: A Latin American Perspective*, in: *Capitalism Nature Socialism* 31 (2/2020), S. 50–69.
- Aykut, Stefan C. (2021): *Politik der Beschwörung: Kommunikation als Instrument globaler Klimapolitik*, in: *GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society* 30 (3/2021), S. 168–173.
- Aykut, Stefan C./Morena, Edouard/Foyer, Jean (2021): *'Incantatory' governance: global climate politics' performative turn and its wider significance for global politics*, in: *International Politics* 58 (2021), S. 519–540.
- Atteridge, Aaron/Remling, Elise (2018): *Is adaptation reducing vulnerability or redistributing it?*, in: *Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change* 9 (1/2018), e500.
- Bäckstrand, Karin/Kuyper, Jonathan W./Linnér, Björn-Ola/Lövbrand, Eva (2017): *Non-state actors in global climate governance: from Copenhagen to Paris and beyond*, in: *Environmental Politics* 26 (4/2017), S. 561–579.
- Bäckstrand, Karin/Lövbrand, Eva (2019): *The Road to Paris: Contending Climate Governance Discourses in the Post-Copenhagen Era*, in: *Journal of Environmental Policy & Planning* 21 (5/2019), S. 519–532.
- Balzacq, Thierry (Hrsg.) (2011): *Securitization Theory. How Security Problems Emerge and Dissolve*, London.
- Beauregard, Charles/Carlson, D'Arcy/Robinson, Stacy-ann/Cobb, Charles/Patton, Mykela (2021): *Climate justice and rights-based litigation in a post-Paris world*, in: *Climate Policy*, 21 (5/2021), S. 652–665.
- Beck, Silke/Oomen, Jeroen (2021): *Imagining the corridor of climate mitigation – What is at stake in IPCC's politics of anticipation?*, in: *Environmental Science & Policy* 123 (2021), S. 169–178.
- Berglund, Oscar/Schmidt, Daniel (Hrsg.) (2020): *Extinction Rebellion and Climate Change Activism*, Cham.
- Biermann, Frank/Pattberg, Philipp/van Asselt, Harro/Zelli, Fariborz (2009): *The Fragmentation of Global Governance Architectures: A Framework for Analysis*, in: *Global Environmental Politics* 9 (4/2009): S. 14–40.
- Boas, Ingrid/Farbotko, Carol/Adams, Helen et al. (2019): *Climate migration myths*, in: *Nature Climate Change* 9 (2019), S. 901–903.
- Bodansky, Daniel (2001): *The History of the Global Climate Change Regime*, in: Urs Luterbacher (Hrsg.): *International relations and global climate change*, Cambridge, S. 23–40.
- Bodansky, Daniel (2010): *The Copenhagen Climate Change Conference: A Postmortem*, in: *American Journal of International Law* 104 (2/2010), S. 230–240.
- Brun, Aslak (2016): *Conference Diplomacy: The Making of the Paris Agreement*, in: *Politics and Governance* 4 (3/2016), S. 115–123.
- Bulkeley, Harriet/Andonova, Liliana/Bäckstrand, Karin et al. (2012): *Governing Climate Change Transnationally: Assessing the Evidence from a Database of Sixty Initiatives*, in: *Environment and Planning C: Government and Policy* 30 (4/2012), S. 591–612.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*, München.
- Burke, Anthony/Fishel, Stefanie/Dalby, Simon (2016): *Planet politics: A manifesto from the end of IR*, in: *Millennium: Journal of International Studies* 44 (3/2016), S. 499–533.
- Cameron, Emilie S. (2012): *Securing indigenous politics: A critique of the vulnerability and adaptation approach to the human dimensions of climate change in the Canadian Arctic*, in: *Global Environmental Change* 22 (1/2012), S. 103–114.
- Chan, Sander/Asselt, Harro/Hale, Thomas/Abbott, Kenneth W. et al. (2015): *Reinvigorating International Climate Policy: A Comprehensive Framework for Effective Nonstate Action*, in: *Global Policy* 6 (4/2015), S. 466–473.
- Climate Action Tracker (May 2021) *The CAT Thermometer*. Online verfügbar unter: <https://climateactiontracker.org/global/cat-thermometer/> (Zugriff am 26.10.2021).

- Death, Carl (2011): Summit theatre: exemplary governmentality and environmental diplomacy in Johannesburg and Copenhagen, in: *Environmental Politics* 20 (1/2011), S. 1–19.
- Dimitrov, Radoslav/Hovi, Jon/Sprinz, Detlef F./Saalen, Håkon/Underdal, Arild (2019): Institutional and environmental effectiveness: Will the Paris Agreement work?, in: *Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change* 10 (4/2019), e583.
- Ditzel, Philipp C. (2011): Die internationale Klimapolitik aus neorealisticischer Perspektive. Erklärungsansätze für das Staatsverhalten von Deutschland und den USA, in: Markus M. Müller (Hrsg.): *Casebook internationale Politik*, Wiesbaden, S. 138–160.
- Eriksen, Siri/Nightingale, Andrea/Eakin, Hallie (2015): Reframing adaptation. The political nature of climate change adaptation, in: *Global Environmental Change* 35 (2015), S. 523–533.
- Falkner, Robert (2016): The Paris Agreement and the new logic of international climate politics, in: *International Affairs* 92 (5/2016), S. 1107–1125.
- Global Witness (2021): Last Line of Defence. The industries causing the climate crisis and attacks against land and environmental defenders. Online verfügbar unter: <https://www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/last-line-defence/> (Zugriff am 26.10.2021).
- Göpel, Maja (2016): *The Great Mindshift. How a New Economic Paradigm and Sustainability Transformations go Hand in Hand*, Cham.
- Gupta, Joyeeta (2014): *The History of Global Climate Governance*, Cambridge.
- Hagen, Achim/Pittel, Karin (2021): Chancen und Risiken klimapolitischer Langfriststrategien am Beispiel des deutschen Klimaschutzgesetzes, in: *Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 101 (5/2021), S. 334–338.
- Hajer, Maarten (1995): *The Politics of Environmental Discourse: Ecological Modernization and the Policy Process*, Oxford.
- Hase, Valerie/Mahl, Daniela/Schäfer, Mike S./Keller, Tobias (2021): Climate Change in News Media across the Globe: An Automated Analysis of Issue Attention and Themes in Climate Change Coverage in 10 Countries (2006–2018), in: *Global Environmental Change* 70 (2021), S. 1–12.
- Hauß, Sebastian/Sommer, Moritz (2020): Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel, Bielefeld.
- Hickel, Jason/Kallis, Giorgos (2020): Is Green Growth Possible?, in: *New Political Economy* 25 (4/2020), S. 469–486.
- Hoffmann, Matthew J. (2011): *Climate Governance at the Crossroads. Experimenting with a Global Response After Kyoto*, Oxford.
- Howarth, Richard B. (2012): Intergenerational Justice, in: John S. Dryzek/Richard B. Norgaard/David Schlosberg (Hrsg.): *The Oxford handbook of climate change and society*, Oxford, S. 338–354.
- Ide, Tobias/Rodriguez Lopez, Juan Miguel/Fröhlich, Christiane/Scheffran, Jürgen (2021a): Pathways to water conflict during drought in the MENA region, in: *Journal of Peace Research* 58 (3/2021), S. 568–582.
- Ide, Tobias/Bruch, Carl/Carius, Alexander/Conca, Ken et al. (2021b): The past and future(s) of environmental peacebuilding, in: *International Affairs* 97 (1/2021), S. 1–16.
- Interministerielle Arbeitsgruppe Anpassungsstrategie der Bundesregierung (2019) *Monitoringbericht 2019 zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe Anpassungsstrategie der Bundesregierung*. Umweltbundesamt: Dessau-Roßlau.
- IPCC (2021): *Climate Change 2021: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*, Cambridge.
- Jordan, Andrew/Huitema, Dave/van Asselt, Harro/Forster, Johanna (Hrsg.) (2018): *Governing Climate Change. Policentricity in Action?*, Cambridge.
- Keohane, Robert O./Victor, David G. (2011): The Regime Complex for Climate Change. *Perspectives on Politics* 9 (1/2011), S. 7–23.
- Khan, Mizan/Robinson, Stacy-ann/Weikmans, Romain et al. (2020): Twenty-five years of adaptation finance through a climate justice lens, in: *Climatic Change* 161 (2020), S. 251–269.
- Keskitalo, E. Carina/Preston, Benjamin L. (Hrsg.) (2019): *Research Handbook on Climate Change Adaptation Policy*, Cheltenham.

- Klepp, Silja (2017): *Climate Change and Migration – An Overview*, in: *Oxford Research Encyclopedia of Climate Science* (online), DOI: 10.1093/acrefore/9780190228620.013.42
- Klepp, Silja/Chavez-Rodriguez, L. (2018): Chapter 1: *Governing climate change: the power of adaptation discourses, policies, and practices*, in: Silja Klepp/Libertad Chavez-Rodriguez (Hrsg.): *A critical approach to climate change adaptation: Discourses, policies, and practices*, Abingdon, S. 3–34.
- Kuyper, Jonathan W./Linnér, Björn-Ola/Schroeder, Heike (2018): *Non-state actors in hybrid global climate governance: justice, legitimacy, and effectiveness in a post-Paris era*, in: *Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change* 9 (1/2018), e497.
- Lederer, Markus (2020): *The Promise of Prometheus and the Opening up of Pandora’s Box: Anthropological Geopolitics of Renewable Energy*, in: *Geopolitics* (online first), S. 1–25.
- Lederer, Markus/Höhne, Chris (2021): *Max Weber in the tropics: How global climate politics facilitates the bureaucratization of forestry in Indonesia*, in: *Regulation & Governance* 15 (2021), S. 133–151.
- Lövbrand, Eva/Stripple, Johannes (2011): *Making climate change governable: accounting for carbon as sinks, credits and personal budgets*, in: *Critical Policy Studies* 5 (2/2011), S. 187–200.
- Mach, Katharine/Kraan, Caroline/Adger, Neil et al. (2019): *Climate as a risk factor for armed conflict*, in: *Nature* 571 (2019), S. 193–197.
- Manabe, Syukoro/Broccoli, Anthony J. (2020): *Beyond Global Warming. How Numerical Models Revealed the Secrets of Climate Change*, Princeton/Oxford.
- Methmann, Chris/Oels, Angela (2015): *From ‘fearing’ to ‘empowering’ climate refugees: Governing climate-induced migration in the name of resilience*, in: *Security Dialogue* 46 (1/2015), S. 51–68.
- Methmann, Chris/Rothe, Delf/Stephan, Benjamin (Hrsg.) (2014): *Interpretive approaches to global climate governance. (De)constructing the greenhouse*, London/New York.
- Mobjörk, Malin/Gustafsson, Maria-Therese/Sonnsjö, Hannes/van Baalen, Sebastian et al. (2016): *Climate-related security risks: Towards an integrated approach*, in: *Stockholm International Peace Research Institute*. Online verfügbar unter <https://www.sipri.org/publications/2016/climate-related-security-risks> (Zugriff am 26.10.2021).
- Moor, Joost de/Vydt, Michiel de/Uba, Katrin/Wahlström, Mattias (2021): *New kids on the block: taking stock of the recent cycle of climate activism*, in: *Social Movement Studies* 20 (5/2021), S. 619–625.
- Moravcsik, Andrew (1993): *Preferences and Power in the European Community: A Liberal Intergovernmentalist Approach*, in: *Journal of Common Market Studies* 31 (1993), S. 473–524.
- Müller, Franziska (2019): *International Theory in the Anthropocene. Moving Beyond Species, State and Governance*, in: Tomas Hickmann/Lena Partzsch/Philipp H. Pattberg/Sabine Weiland (Hrsg.): *The Anthropocene Debate and Political Science*, London, S. 67–82.
- Munoz, Sarah M. (2021): *Environmental Mobility in a Polarized World: Questioning the Pertinence of the “Climate Refugee” Label for Pacific Islanders*, in: *Journal of International Migration and Integration* 22 (2021), S. 1271–1284.
- Newell, Peter/Paterson, Matthew (2010): *Climate Capitalism. Global Warming and the Transformation of the Global Economy*, Cambridge.
- Newell, Peter (2015): *Political Economy*, in: Eva Lövbrand/Karin Bäckstrand (Hrsg.): *Research Handbook on Climate Governance*, Cheltenham, S. 25–35.
- Newell, Peter (2020): *Global Green Politics*, Cambridge.
- Nightingale, Andrea J./Eriksen, Siri/Taylor, Marcus et al. (2020): *Beyond Technical Fixes: climate solutions and the great derangement*, in: *Climate and Development* 12 (4/2020), S. 343–352.
- Oberthür, Sebastian/Groen, Lisanne (2020): *Hardening and softening of multilateral climate governance towards the Paris Agreement*, in: *Journal of Environmental Policy & Planning* 22 (6/2020), S. 801–813.
- Oels, Angela (2019): *The promise and limits of participation in adaptation governance: Moving beyond participation towards disruption*, in: Carina E. Keskitalo/Benjamin L. Preston (Hrsg.): *Research Handbook on Climate Change Adaptation Policy*, Cheltenham, S. 138–156.

- Oels, Angela (2005): Rendering climate change governable: From biopower to advanced liberal government?, in: *Journal of Environmental Policy & Planning* 7 (3/2005), S. 185–207.
- Oels, Angela/von Lucke, Franziskus (2015): Gescheiterte Versicherheitlichung oder Sicherheit im Wandel: Hilft uns die Kopenhagener-Schule beim Thema Klimawandel?, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 22 (1/2015), S. 43–70.
- Okereke, Chukwumerije/Bulkeley, Harriet/Schroeder, Heike (2009): Conceptualizing Climate Governance Beyond the International Regime, in: *Global Environmental Politics* 9 (1/2009), S. 58–78.
- Ossewaarde, Marinus/Ossewaarde-Lowtoo, Roshnee (2020): The EU's Green Deal: A Third Alternative to Green Growth and Degrowth?, in: *Sustainability* 12 (23/2020), 9825.
- Ostrom, Elinor (2010): Polycentric systems for coping with collective action and global environmental change, in: *Global Environmental Change* 20 (4/2010), S. 550–557.
- Paterson, Matthew (1996): *Global warming and global politics*, London.
- Paterson, Matthew/Stripple, Johannes (2010): My Space: Governing Individuals' Carbon Emissions, in: *Environment and Planning D: Society and Space* 28 (2/2010), S. 341–362.
- Paterson, Matthew/P-Laberge, Xavier (2018): Political economies of climate change, in: *Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change* 9 (2/2018), e506.
- Paterson, Matthew (2021): Climate change and international political economy: Between collapse and transformation, in: *Review of International Political Economy* 28 (2/2021), S. 394–405.
- Patterson, James J./Thaler, Thomas/Hoffmann, Matthew/Hughes, Sara et al. (2018): Political feasibility of 1.5° C societal transformations: The role of social justice, in: *Current Opinion in Environmental Sustainability* 31 (2018), S. 1–9.
- Petschow, Ulrich/Moore, Nils aus dem/Pissarskoi, Eugen/Korfhage, Thorben et al. (2018): Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen. Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition, Texte 89/2018, Umweltbundesamt. Online verfügbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/vorsorgeorientierte-postwachstumsposition> (Zugriff am 26.10.2021).
- Pettenger, Mary E. (Hrsg.) (2007): *The social construction of climate change. Power, Knowledge, Norms, Discourses*, Aldershot.
- Putnam, Robert D. (1988): Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games, in: *International Organization* 42 (3/1988), S. 427–460.
- Remling, Elise (2018): Depoliticizing adaptation: A critical analysis of EU climate adaptation policy, in: *Environmental Politics* 27 (3/2018), S. 477–497.
- Roberts, J. Timmons/Parks, Bradley (2016): *A climate of injustice: Global inequality, North-South politics, and climate policy*, Cambridge.
- Rothe, Delf (2017): *Securitizing global warming. A climate of complexity*, London/New York.
- Rose, Nikolas/Miller, Peter (2010): Political Power Beyond the State: Problematics of Government, in: *The British Journal of Sociology* 61 (1/2010), S. 271–303.
- Savaresi, Annalisa (2016): The Paris Agreement: a new beginning?, in: *Journal of Energy & Natural Resources Law* 34 (1/2016), S. 16–26.
- Schörnig, Niklas (2003): Neorealismus, in: Siegfried Schieder/Manuela Spindler (Hrsg.): *Theorien der internationalen Beziehungen*, Opladen, S. 65–96.
- Siebenhüner, Bernd/Grothmann, Torsten/Huitema, Dave/Oels, Angela et al. (2021): Chapter 7, Lock-Ins in Climate Adaptation Governance. Conceptual and Empirical Approaches, in: Bernd Siebenhüner/Riyanti Djalante (Hrsg.): *Adaptiveness: Changing Earth System Governance*, Cambridge, S. 127–146.
- Stripple, Johannes/Bulkeley, Harriet (Hrsg.) (2014): *Governing the climate. New approaches to rationality, power and politicisation*, Cambridge.
- The Nansen Initiative (2015): *Nansen Agenda for the Protection of cross-border displaced persons in the context of disasters and climate change. Volume I*. Online verfügbar unter: https://disasterdisplacement.org/wp-content/uploads/2014/08/EN_Protection_Agenda_Volume_I_low_res.pdf (Zugriff am 26.10.2021).

- Tilly, Jan (2011a): Two-Level-Games: Eine neoliberale Perspektive auf die Deutsch-Amerikanische Klimapolitik zwischen 1994 und 2001, in: Markus M. Müller (Hrsg.): Casebook internationale Politik, Wiesbaden, S. 167–177.
- Tilly, Jan (2011b): Soziale Konstruktion von Wirklichkeit in Deutschland und den USA in der Klimadebatte, in: Markus M. Müller (Hrsg.): Casebook internationale Politik, Wiesbaden, S. 178–192.
- Timperley, Jocelyn (2021): How to Fix the Broken Promises of Climate Finance, in: *Nature* 598 (2021), S. 400–402.
- Tosun, Jale/Rossello, Julian (2020): Polyzentrische Klimapolitik: Formen und Leistungspotenziale, in: Anja Seibert-Fohr (Hrsg.): Entgrenzte Verantwortung: Zur Reichweite und Regulierung von Verantwortung in Wirtschaft, Medien, Technik und Umwelt, Berlin/Heidelberg, S. 305–327.
- Toussaint, Patrick (2021): Loss and damage and climate litigation: The case for greater interlinkage, in: *Review of European, Comparative & International Environmental Law* 30 (2021), S. 16–33.
- Ulbert, Cornelia (1997): Die Konstruktion von Umwelt. Der Einfluß von Ideen, Institutionen und Kultur auf (inter-)nationale Klimapolitik in den USA und der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden.
- UNGA (United Nations General Assembly) (2009): Climate Change and its Possible Security Implications. Report of the Secretary-General, A/64/350 (2009), New York.
- Victor, David G. (2001): *The Collapse of the Kyoto Protocol and the Struggle to Slow Global Warming*, Princeton.
- von Lucke, Franziskus/Diez, Thomas/Wellmann, Zehra (2016): Klimakämpfe: Eine komparative Studie der Versicherheitlichung von Klimawandel, in: *Zeitschrift für internationale Beziehungen* 23 (2/2016), S. 112–143.
- Waltz, Kenneth N. (1979): *Theory of International Politics*, Reading/Massachusetts.
- Weingart, Peter/Engels, Anita/Pansegrau, Petra (2007): *Von der Hypothese zur Katastrophe: Der anthropogene Klimawandel im Diskurs zwischen Wissenschaft, Politik und Massenmedien*, 2. Aufl., Opladen.

4 Internet

4.1 Stand der wissenschaftlichen Forschung

Intergovernmental Panel on Climate Change: <https://www.ipcc.ch/>

4.2 Informationen zum aktuellen Stand der Klimaverhandlungen

- United Nations Framework Convention on Climate Change Official Website: <https://unfccc.int/> (viele interessante Dokumente sind hier öffentlich herunterladbar)
- Earth Negotiations Bulletin: A Reporting Service for Environment and Development Negotiations: <https://enb.iisd.org/> (detaillierte Berichte über den Verhandlungsstand auf den Klimakonferenzen)
- Wuppertal Institut für Klima und Energie gGmbH: <https://wupperinst.org/> (veröffentlicht nach jeder Klimakonferenz einen ausführlichen, verständlichen Bericht mit einer Bewertung der Ereignisse aus Sicht eines Umweltforschungsinstituts)
- Germanwatch: <https://germanwatch.org/> (hier finden sich Einschätzungen zum Stand der Verhandlungen aus Sicht einer Klima-NRO)
- ECO Newsletter des Climate Action Network International (unter Ressourcen): <https://climatenetwork.org/can-event/cop26/>

4.3 Fortschritte in den nationalen Klimaschutzpolitiken werden hier bewertet:

Climate Change Performance Index: <https://ccpi.org/>

Emissions Gap Report 2020: <https://www.unep.org/emissions-gap-report-2020>

Climate Action Tracker: <https://climateactiontracker.org/>